Berichte vom Kampf der Stahlarbeiter Seite 4/5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 15. Dezember 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition gegründet



Über 100 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin, aus den großen Stahlbetrieben an Rhein und Ruhr, aus dem Hafen und von den Werften in Norddeutschland, aus Automobil- und Chemiekonzernen wie Opel und BASF und aus zahlreichen weiteren Groß- und Mittelbetrieben waren es, die sich am 25./26. 11. zum Gründungskongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition versammelten.

Die Delegierten, in der Mehrzahl Betriebsräte und Vertrauensleute, repräsentierten die Kollegen von über 50 Betriebsgruppen der RGO und von einigen Arbeitervereinen der Türkei. Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre stellten auch den Großteil der eingeladenen Gäste, zu denen auch ein Vertreter der KPD/ML gehörte.

Bereits vor dem Kongreß waren in den Betriebsgruppen der RGO die von einem Vorbereitungsausschuß erarbeiteten Dokumente — Gründungserklärung, Satzung und Aktionsprogramm — diskutiert worden. Auf dem Kongreß selbst wurden dann nach erneuter gründlicher Beratung diese Gründungsdokumente der RGO beschlossen und der erste Zentrale Vorstand und der 1. Vorsitzende der RGO gewählt.

Der erfolgreiche Abschluß des Gründungskongresses der RGO ist von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und in Westberlin. Gerade in den Tarifbewegungen, in den Streikkämpfen Anfang dieses Jahres und jetzt beim Kampf der Stahlarbeiter wurde und wird sehr deutlich, daß die Arbeiter ihre Interessen und Forderungen gegen die Unternehmer nicht durchsetzen können, solange es der Gewerkschaftsführung gelingt, den konsequenten Kampf gegen die Bosse zu sabotieren. Einzeln ist es unmöglich, das zu verhindern. Nur organisiert kann man dies erreichen. Deshalb ist die Gründung der RGO ein wichtiger Schritt, um den konsequenten Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen zu organisieren, um die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen zu verwirklichen.

In der Gründungserklärung und im Aktionsprogramm der RGO heißt es: „Was wir brauchen, was wir fordern, müssen wir uns selbst erkämpfen, gegen Bosse und Bonzen! Wollen wir kämpfen, müssen wir uns organisieren: in den DGB-Gewerkschaften organisiert gegen den Arbeiterverrat der Bonzen vorgehen. In den Betrieben organisiert für unsere Forderungen kämpfen. Das will die RGO: **Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!**"

(Siehe auch Seite 6/7)

Gigantische Massendemonstration in Teheran



Mit einem noch nie dagewesenen Massenaufmarsch demonstrierten am vergangenen Sonntag im Iran Millionen von Werktätigen ihre Entschlossenheit, das faschistische Schah-Regime zu stürzen. In Teheran war die Demonstration 15 Kilometer. Sprecher der oppositionellen Nationalen Front hingegen schätzen die Anzahl der Demonstrationsteilnehmer in Teheran auf mindestens 2,5 Millionen. Auch in anderen Teilen des Irans kam es zu gewaltigen Massendemonstrationen. Es wurden zahllose Bilder von ermordeten Schah-Gegnern mitgetragen. „Tötet, tötet diejenigen, die unsere Brüder getötet haben", lautete einer der Sprechchöre. Siehe Seite 11

2.000 Anti-Schah-Demonstranten in Hamburg

Am vergangenen Samstag demonstrierten in der Hamburger Innenstadt trotz des Verbots rund 2.000 Menschen. Sie prangerten das verbrecherische Schah-Regime an und drückten ihre Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen im Iran aus. Die Polizei ging mit äußerster Härte gegen die Demonstranten vor, konnte aber die Proteste letztlich nicht unterdrücken. (Bericht und Korrespondenz auf Seite 2 und 8.)

Veranstaltungen zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

Kiel-Schilksee, Vaasa-Halle (Olympia-Zentrum), 30. 12.
Essen: Saalbau, Huyssenallee, 29. 12., 19.30 Uhr
Frankfurt: Fechenheim, Turnhalle Pfortenstr., 30. 12., 19 Uhr
Nürnberg: Schweinau, Gasthaus „Schlachthof", Schlachthofstr., 30. 12., 17 Uhr
Westberlin: Ort und Zeit sind im Parteibüro Westberlin zu erfragen

Wußten Sie schon...?

... daß auf die Autofahrer neue Belastungen zukommen? Zum einen werden sie wieder einmal von den Ölkonzernen zur Kasse gebeten. Preiserhöhungen von einem Pfennig pro Liter sind von den Konzernen angekündigt bzw., wie bei Texaco und Chevron, schon in Kraft gesetzt worden.

Zum anderen wollen auch die Autoversicherer kräftig absahnen. Für das kommende Jahr werden die meisten von ihnen die Prämien für die Haftpflichtversicherung um 8,6 Prozent anheben.

Und in diesem Reigen darf natürlich auch der Staat nicht fehlen. Künftig kann die Kfz.-Steuer für Personenwagen nicht mehr viertel- oder halbjährlich, sondern muß jährlich und **im voraus** bezahlt werden.

Kampffront der Stahlwerker steht weiter

Der Streik geht in die dritte Woche



35.000 demonstrierten am letzten Freitag in Duisburg-Hamborn für die Durchsetzung der Forderungen der Stahlarbeiter

„Schlichtung ist ein faules Ei — Vollstreik führt den Sieg herbei!" So stand es auf einem Spruchband, das streikende Stahlarbeiter am Freitag letzter Woche auf einer gewaltigen Massendemonstration in Duisburg-Hamborn trugen. In der zweiten Streikwoche stellten die Stahlwerker noch häufiger und eindringlicher als zuvor ihre Forderung an die IGM-Führung: endlich die richtige Antwort auf die Aussperrung geben — durch Ausweitung des Streiks, durch Vollstreik.

Statt für den Vollstreik gaben Loderer und Co. jedoch grünes Licht für die „politische Schlichtung" durch den NRW-Arbeitsminister Farthmann. Farthmann ist zugleich Aufsichtsratsmitglied bei Hoesch.

Die IGM-Führer hätten sich nicht gescheut, bereits am vergangenen Wochenende den Stahlwerkern das „faule Ei" aufs Auge zu drücken, wie es der sehnliche Wunsch der Stahlkapitalisten war. Daß sie doch noch davor zurückschreckten, erklärt sich wohl nur aus der Tatsache, daß die Stahlwerker sich trotz aller Abwiegelungsversuche, trotz der Streiksabotage durch die Bonzen, nicht in ihrer Kampfbereitschaft erschüttern ließen. Statt zu resignieren, verstärkten die Kollegen sogar den Kampf.

35.000 Menschen, Stahlwerker von Thyssen und Mannesmann und solidarische Kollegen aus anderen Betrieben, marschierten am Freitag auf dem Hamborner Altmarkt auf. Es war die größte Demonstration, die Duisburg seit Jahrzehnten gesehen hat. In dem gewaltigen Demonstrationszug fuhren 16 Wagen der Müllabfuhr mit. Und aus Solidarität legten auch die Kollegen von den städtischen Verkehrsbetrieben eine Stunde lang den Straßenbahn- und Busverkehr

Fortsetzung auf Seite 4

Kurzkommentare

Europäisches Wirtschaftssystem tritt in Kraft

Seltene Einhelligkeit herrschte vorige Woche im Bundestag, als Kanzler Schmidt das Ergebnis der Brüsseler Beratungen über die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) bekanntgab. Auch die „Opposition" war des Lobes voll. Einer ihrer Sprecher erklärte: „Die CDU/CSU anerkennt die Bemühungen des Bundeskanzlers, den Zusammenschluß Europas zu fördern und in Europa mehr Geldstabilität zu erreichen."

Wenn die Herren in Bonn sich so einmütig für den „Zusammenschluß Europas" aussprechen, dann meinen sie natürlich einen Zusammenschluß unter der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus. Genau das ist auch der Kern der EWS. Es sieht die Schaffung einer künstlichen europäischen Währung, des ECU (ca. 2,50 Mark) vor; daneben die Einrichtung eines Währungsfonds, aus dem die einzelnen Länder Kredite entnehmen können, um ihre Währungen zu stützen. Dieses System wird die Position des Dollars in Europa weiter schwächen und die Vormachtstellung Bonns, daneben auch die des französischen Imperialismus, weiter festigen.

Bis in die letzte Woche ist über die Bedingungen des Beitritts zum EWS zwischen den EG-Regierungschefs hart gepokert worden. Die britische Regierung, die nicht ohne weiteres die westdeutsch-französische Vorherrschaft anerkennen will, ist bislang nur zur „passiven Mitgliedschaft" bereit. Auch die Regierungen von Italien und Irland zögern noch, ihren vollen Beitritt zu erklären. Trotzdem soll das EWS am 2. Januar in Kraft treten.

Alle Jahre wieder . . .

. . . wird die Vorweihnachtszeit von den Kapitalisten dazu benutzt, verstärkt die Taschen der Werktätigen zu plündern, sich über rechtzeitige Preiserhöhungen einen Anteil an den Weihnachtsgeldern, den Gratifikationen und dem im Hinblick auf Weihnachten Ersparten zu sichern. Das vielbesungene „Fest der Liebe" erweist sich — nüchtern besehen — vor allem auch als „Fest der Preisauftriebe".

Die Schokolade etwa wird um 10 bis 20 Prozent teurer. Eigentlich war die Preiserhöhung erst für das Jahr 1979 vorgesehen; aber da Schokolade ja bekanntlich ein in der Weihnachtszeit vielseitig gebrauchter und gefragter Artikel ist, wird nun in der Adventszeit schon mal ein 9 bis 16prozentige Preiserhöhung vorweggenommen.

Auch die Bierpreise sind in Bewegung geraten. Die Dusiburger Königsbrauerei hatte bereits Ende November ihre Preise um 8 Prozent erhöht; ihr folgten und folgen die anderen Brauereien nach. Das Frischgezapfte an der Theke ist nun rund 10 Pfennige teurer geworden, der Kasten Bier um eine Mark. Wobei nicht vergessen werden darf, daß die Preise für die Erfrischungsgetränke bereits um bis zu 12 Prozent angezogen haben.

Na denn — gesegnetes Fest!

Schnelle Brüter — erlaubt

Kernkraftwerke vom Typ des Schnellen Brüters — wie das Kernkraftwerk in Kalkar — dürfen nun, nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, gebaut werden. Damit hat das höchste Gericht der Bundesrepublik grünes Licht für den Bau eines der gefährlichsten und ungesichertsten Reaktortypen überhaupt gegeben.

Schnelle Brüter erzeugen beim Kernspaltungsprozeß neues radioaktives Material; sie „brüten" Plutonium aus. Plutonium ist ein hochgiftiges, künstliches Element — eine winzige Menge von einem Millionstel Gramm genügt bereits, um Lungenkrebs zu verursachen. In einem arbeitenden Schnellen Brüter befindet sich ständig etwa eine Tonne Plutonium. Durch die Erzeugung von Plutonium ergibt sich außerdem die Möglichkeit, Atombomben herzustellen. — Getrieben von ihrem Macht- und Profitstreben, setzen die westdeutschen Imperialisten in verbrecherischer Weise Leben und Gesundheit von Millionen Menschen aufs Spiel!

Nach dem Karlsruher Spruch wird nun auch bald die endgültige Genehmigung speziell für Kalkar erteilt werden. Gegenwärtig rangeln die Herren Parlamentarier in Düsseldorf und Bonn nur noch darüber, wer von ihnen die Verantwortung übernehmen soll. — Aber die Herren können unbesorgt sein! Am selben Tag, da das Bundesverfassungsgericht seinen Spruch fällte, legte ein anderes Gericht die Marschrichtung bezüglich der Verantwortung für Kernkraftwerkskatastrophen fest: Im Jahre 1975 waren im Kernkraftwerk Grundremmingen zwei Monteure durch radioaktiven Dampf getötet worden; nun erklärte das Gericht, daß die Opfer selbst schuld seien . . .

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Anti-Schah-Demo in Hamburg verboten

Wer waren die Randalierer?

„Schlacht im Einkaufsparadies. Trotz Verbots: 2.000 linke Randalierer terrorisierten Hamburgs Innenstadt." — Dies war eine der Schlagzeilen der „Bild am Sonntag" vom 10. Dezember, unter der sie gegen die Hamburger Anti-Schah-Demonstration vom letzten Samstag hetzte. Nur — die Proportionen sind ja bei „Bild" meist etwas verrutscht. Wer an diesem Samstag in Hamburg dabei gewesen war, weiß, wer dort in Wirklichkeit randaliert und die Bevölkerung terrorisiert hat . . .



Anti-Schah-Demonstration in Hamburg

Rund 1.500 Polizisten — zusammengezogen aus ganz Norddeutschland — waren an diesem Tag in Hamburg aufmarschiert. In Bereitschaft lag mindestens eine Kompanie des Bundesgrenzschutzes, bewaffnet mit der P 1, der Bundeswehrpistole. Die Polizisten waren ausgerüstet mit Helmen, Plastikschilden, Holzknüppeln, Chemical Mace. Mindestens fünf Wasserwerfer warteten auf ihren Einsatz. Das ganze Aufgebot galt einer geplanten Demonstration gegen das verbrecherische und faschistische Schah-Regime, einer Demonstration zur Unterstützung der kämpfenden Volksmassen im Iran.

Zur Demonstration aufgerufen hatte die Konföderation Iranischer Studenten (Cisnu) sowie mehrere revolutionäre deutsche Organisationen. Die Demonstration war verboten worden — ein bezeichnendes Beispiel der Unterstützung, die westdeutsche Behörden dem Mörderregime im Iran gewähren. Eine wesentliche Rolle bei dem Verbot spielten auch die Kaufhauskapitalisten in Hamburg, die sich durch die bevorstehenden antifaschistischen Proteste in den erhofften Weihnachtsprofiten geschmälert sahen. Die Zusammenarbeit zwischen Kaufhauskapitalisten und Polizei zeigte sich am Nachmittag auch daran, daß die Kaufhauseingänge kontrolliert und von der Polizei verfolgte Demonstranten nicht hineingelassen wurden.

Gegen 13.30 Uhr versammelten sich ca. 1.000 Demonstranten in der Nähe des Möncke-Brunnens in der Hamburger Innenstadt. Hier wurden sie kurz darauf von einer Hundertschaft der Polizei angegriffen. Die Polizisten knüppelten brutal auf die Antifaschisten ein; Proteste auch aus der umstehenden Bevölkerung wurden laut, wie überhaupt das bürgerkriegsähnliche Vorgehen der Polizei eine zunehmende Solidarisierung zwischen Demonstranten und ansonsten unbeteiligten Passanten hervorrief.

Bis in den späten Nachmittag hinein bildeten sich immer wieder kleine Demonstrationszüge, Kundgebungen und Sprechchöre, die sich, wenn die Polizei anrückte, schnell auflösten und an anderer Stelle wieder formierten. Die Polizei ging mit aller Brutalität und Härte vor. Ihre Greif- und Schlägertrupps verfolgten einzelne Demonstranten bis in Geschäfte und Hauseingänge hinein. Fotografen — auch solche aus der Bevölkerung — wurden überfallen; ihnen wurden die Filme abgenommen, um die Dokumentationen des Vorgehens der Polizei zu verhindern. Es gab zahlreiche Verletzte. Gegen Nachmittag wurden Wasserwerfer eingesetzt — dies bei Temperaturen um vier Grad —, ungeachtet der schweren gesundheitlichen Schäden, die das Wasser bei den Getroffenen hervorrufen kann. Die Polizisten machten zunehmend keinen Unterschied mehr zwischen Demonstranten und unbeteiligten Passanten; sie räumten rücksichtslos die Bürgersteige. Die Empörung unter der Bevölkerung war beträchtlich.

Insgesamt wurden mindestens 70 Menschen verhaftet, neben den Demonstranten auch Unbeteiligte. Wenn auch das Vorgehen der Demonstranten ziemlich plan- und führungslos war, so ist die Protestaktion insgesamt doch als ein Erfolg für die antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte anzusehen. Etwa 2.000 Menschen beteiligten sich trotz des Verbots an den Protesten. Die Ziele der Demonstration stießen auf ein großes Interesse bei der durch den Polizeieinsatz empörten Bevölkerung. (Siehe auch Volkskorrespondenz auf Seite 8).

SPD und CSU im Kern einig

Berufsverbotspraxis bleibt bestehen

Am letzten Freitag hat der SPD-Vorstand neue einheitliche Grundsätze zur „Extremistenfrage" beschlossen. Danach soll von bisherigen Regelanfragen abgesehen werden; die Mitgliedschaft in einer politischen Partei allein soll für eine Ablehnung eines Bewerbers nicht mehr ausreichen; alleiniger Maßstab soll nun das „konkrete Verhalten" eines Bewerbers sein.

Um jedoch das „konkrete Verhalten" eines Menschen beurteilen zu können, muß der Staat es kennen. Wie aber bewerkstelligt er das? Durch den Einsatz seiner Spitzel und Schnüffler, seiner Verfassungsschutzbehörden, Computer und Karteien. Die angebliche Liberalisierung erweist sich so als Schutzschild, unter dem die Überwachung verstärkt wird. Auch die angebliche Milderung hinsichtlich der Parteimitgliedschaft ist nichts als Augenwischerei. Da heißt es zwar: „Die bloße Feststellung, daß der Bewerber Mitglied einer politischen Partei ist . . ., reicht allein nicht aus, um seine Eignung für den öffentlichen Dienst zu verneinen". An einer anderen Stelle des Beschlusses des Parteivorstands jedoch wird ergänzt: „Ein Stück des Verhaltens, das dabei für die Beurteilung der Verfassungstreue des Bewerbers erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein."

— Also doch das alte Lied — nur etwas verschwommener ausgedrückt! Trotz aller kosmetischen Operationen hält der SPD-Vorstand an dem Berufsverbot für oppositionelle und revolutionäre Menschen als einem Kernbestandteil seiner Politik fest.

Die CDU/CSU fährt weiter offen den harten Kurs. Die bayrische Landesregierung zum Beispiel sieht keinen Anlaß — wie es heißt —, von der bisherigen Praxis der Überprüfung abzugehen. Die Regelanfrage bleibt in Bayern bestehen. „Der Verzicht auf die Karteianfrage beim Verfassungsschutz wäre im Ergebnis nichts anderes als die Abschaffung der Treuepflicht auf kaltem Wege", sagte der Finanzminister Streibl in der vergangenen Woche. Und er führte weiter aus, daß die bayrische Regierung im Gegenteil damit beschäftigt sei, den Bereich der Routinekontrollen zu erweitern. Bisher wurden nur die Kandidaten für den gehobenen und höheren Dienst (von der Inspektorenlaufbahn an aufwärts) überprüft. In Zukunft — so Streibl — soll nach einem Kabinettsbeschluß die Regelung für alle gelten, die über 18 Jahre alt sind.

Offen gesagt . . .

30 Jahre UNO-Menschenrechtsdeklaration

Am 10. Dezember jährte sich der Tag der Verabschiedung der sogenannten UNO-Menschenrechtsdeklaration zum 30. Mal. Dies nahmen die Imperialisten in Ost und West, die Unterdrücker, Ausbeuter und Menschenschinder aller Schattierungen zum Anlaß, eifernd und beflissen ihre Stimme zu erheben, mit dem Finger auf ihre Gegner und Konkurrenten zu zeigen und sich selbst an die Brust zu klopfen.

Allen voran machte sich wieder der US-amerikanische Carter, der aus zahlreichen Kampagnen bekannte Menschenrechts-Jimmy, bemerkbar. Und die östlichen Imperialisten, die Herren im Kreml und ihre diversen Vasallen, fielen in das Lied ein. Nur heißt das Kind bei ihnen nicht „Menschenrechte", sondern vornehmlich „antiimperialistische Solidarität", „Friedenspolitik", „demokratische Rechte" usw. Die dahinter sich verbergende Praxis ist jedoch die gleiche: Unterdrückung und Ausplünderung der Werktätigen im eigenen Land, Erweiterung der Einflußsphären nach außen, Plünderung, Mord, Export von Waffen und Militärs, um Konflikte und Kriege zu schüren und den eigenen Vorteil daraus zu ziehen.

Wie steht es mit den „Menschenrechten" in der Bundesrepublik? Da gibt es die berüchtigten Berufsverbote, unter den fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt längst zu einem Kennzeichen reaktionärer politischer Entwicklung überhaupt geworden. Da gibt es, in der Stahltarifrunde gegenwärtig wieder praktiziert, die Aussperrung, die die Möglichkeit für die Kapitalisten bedeutet, Zehn- und Hunderttausende Arbeiter einfach auf die Straße zu werfen: völlig legal und rechtens. Da gibt es in den bundesdeutschen Gefängnissen eine Anzahl politischer Gefangener. Allein aus unserer Partei sind es zwei Genossen, die einsitzen müssen: Michael Banos, verurteilt zu sieben Monaten Haft, weil er presserechtlich verantwortlich für Flugblätter war; Klaus Singer, verurteilt zu zwölf Monaten, weil er 1972 in München gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hatte . . .

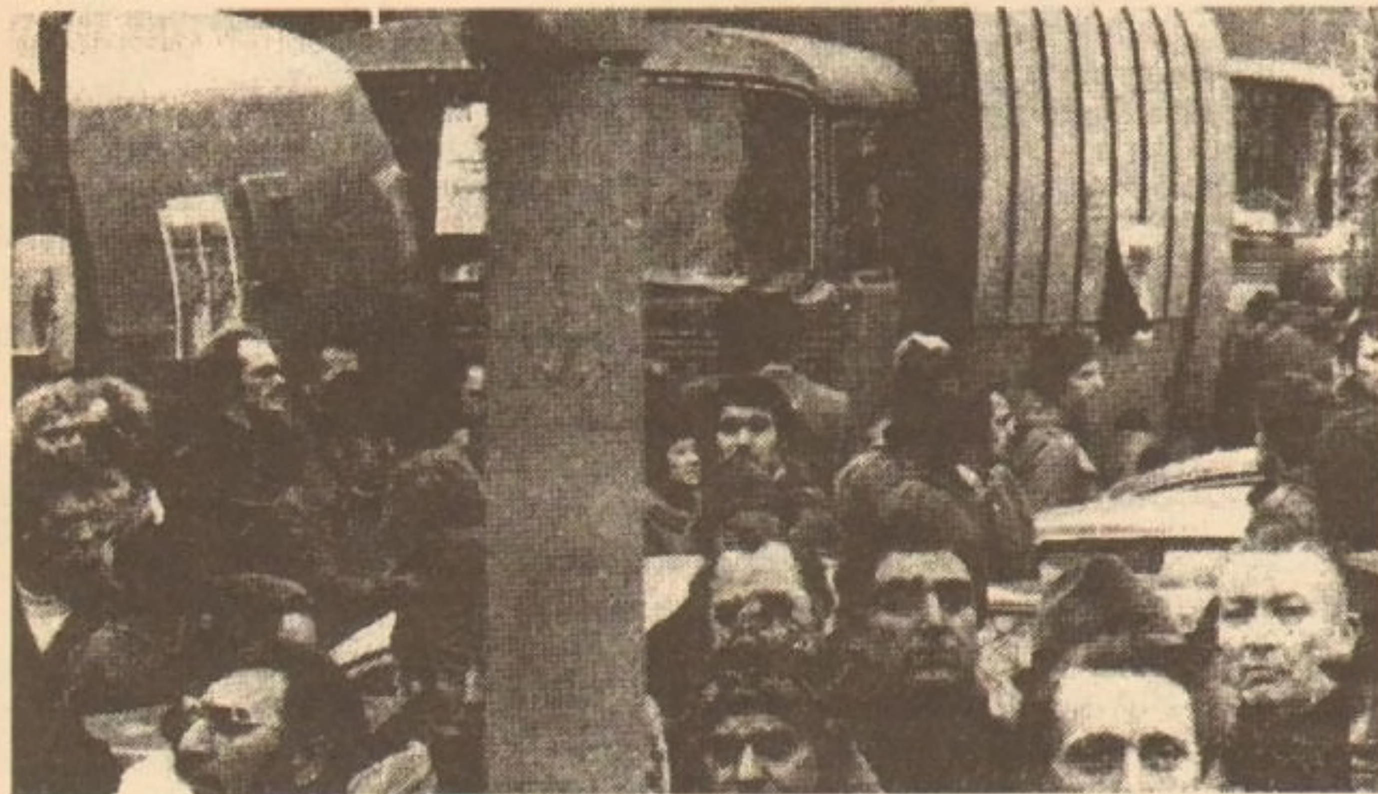
Natürlich ist der 10. Dezember auch für die Verantwortlichen dieses Staates ein Anlaß, sich als „Menschenrechtler" herauszustreichen. Bundesjustizminister Vogel zum Beispiel sagte auf einer Veranstaltung: „Die Wirksamkeit des Schutzes der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland ist in einer Weise sichergestellt, die in der deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte ohne Beispiel ist und auch im internationalen Bereich kaum übertroffen wird ." . . .

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Forderungen der Kollegen nicht berücksichtigt

In der vergangenen Woche haben die Vorstände der im öffentlichen Dienst vertretenen DGB-Gewerkschaften (ÖTV, Post-, Eisenbahner-, Polizeigewerkschaft, GEW, Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft) ihre Vorschläge für die kommende Tarifrunde vorgelegt. Danach sollen unter anderem die Löhne und Gehälter um 6,5 Prozent angehoben werden, das Urlaubsgeld um 150 Mark auf 400 Mark ansteigen und die Ausbildungsvergütungen um 40 bis 50 Mark verbessert werden.



ÖTV-Kollegen demonstrieren ihre Kampfbereitschaft: Auf der Stahlarbeiterkundgebung letzten Freitag in Duisburg säumten die Müllmänner mit ihren Fahrzeugen den Platz.

Dieses Vorschlagspaket wurde als „Diskussionsgrundlage" bezeichnet. Eine endgültige Forderung soll nach Diskussionen in den Gewerkschaften erst am 21. Februar — eine Woche vor dem Ablaufen des jetzigen Tarifvertrags — erhoben werden. Damit wollen die Vorstandsherren ihrem Vorgehen einen demokratischen Anstrich geben. Tatsächlich aber bedeutet die Veröffentlichung ihres Vorschlags eine Begrenzung der innergewerkschaftlichen Diskussion, ist es der Versuch, diese Diskussion von vornherein auf die von den Bonzen genehmen Forderungen festzulegen. So ist es auch in den vergangenen Jahren schon gewesen. Und wie in den letzten Jahren, so hat es auch jetzt wieder massive Proteste der gewerkschaftlichen Basis gegen dieses Vorgehen der Bonzen gegeben (siehe auch die untenstehende Resolution).

Auch was den Inhalt ihres Vorschlags betrifft, haben sich die Bonzen über den Willen der Kollegen hinweggesetzt. Weder sind darin die schon lange erhobenen Forderungen nach Festgeldbeträgen berücksichtigt, noch diese angemessenen Lohn- und Gehaltserhöhungen. Wenn man davon ausgeht, daß der von den Bonzen angepeilte Abschluß noch niedriger liegen wird als ihr jetzt auf den Tisch gebrachter Vorschlag (dieses Jahr wurde bei einer Forderung von 7,5 Prozent mit 4,5 Prozent abgeschlossen), dann kann man sich ausrechnen, daß ein solcher Abschluß kaum hinreichen würde, den Anstieg der Lebenshaltungskosten aufzufangen.

Eine deutliche Absage hat ÖTV-Boß Kluncker auch den Forderungen nach der 35-Stunden-Woche erteilt. Das stünde derzeit nicht zur Diskussion, verkündete er. Auch in der Tarifrunde 1980 will die ÖTV — nach seinen Worten — lediglich die Urlaubsregelung erneut aufgreifen. Dabei ist in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes — wie etwa bei der Bundesbahn oder in den Krankenhäusern — der Rationalisierungsterror besonders scharf. Und neue mit Massenentlassungen verbundene Rationalisierungsfeldzüge gegen die Kollegen sind angekündigt. Auch im öffentlichen Dienst ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche ein notwendiges Mittel, um diesen Angriffen entgegenzuwirken.

Resolution von Stuttgarter ÖTV-Funktionären

Die Delegierten- und Vertrauensleuteversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Stuttgart beschließt:

1. Wir erklären unsere volle Solidarität und unterstützen den Arbeitskampf der Kollegen der SSB um Lohnsicherung und den Kampf der Stahlarbeiter um mehr Lohn und für die 35-Stunden-Woche.

2. Wir verurteilen die Vorgehensweise des GHV, seinen Vorschlag nicht zuerst den ÖTV-Mitgliedern zu unterbreiten, sondern gleich in die Öffentlichkeit zu gehen. Dies widerspricht dem Antrag 367 unseres 8. Gewerkschaftstages.





Beschäftigte der Dortmunder Krankenhäuser demonstrieren gegen den Personalabbau, ÖTV-Kollegen anderer Bereiche solidarisieren sich mit ihnen (November 1978)

3. Unsere Forderungen dürfen sich nicht allein am Kaufkraftverlust ausrichten. Unser Lebensunterhalt muß gesichert sein. Weitere Arbeitsintensivierung und ständig steigende Anforderungen an die Qualifikation unserer Arbeitskraft müssen sich im Lohn niederschlagen.

- Lohn und Urlaubsgeld müssen getrennt verhandelt werden.

Die Lohnerhöhung muß folgendes gewährleisten:

- Keine Benachteiligung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen;
- Berücksichtigung der Tatsache, daß die Grundkosten der Lebenshaltung für alle gleich steigen;
- den sich angleichenden Forderungen an unsere Arbeitskraft muß Rechnung getragen werden;
- die Lohnschere darf nicht weiter auseinandergehen.

4. In allen Betrieben muß über unsere Forderungen diskutiert werden. Überall müssen Beratungen durchgeführt werden (Mitgliederversammlungen, ...) und Beschlüsse gefaßt werden. Über die Ergebnisse muß unser Geschäftsführer immer sofort informiert werden. Nur so kann er — und das muß er — regelmäßig an alle Delegierten und Vertrauensleute ein wöchentliches Tarifrunden-Info herausgeben.

6. Die Bezirksverwaltung muß diesmal bei der Auswertung der Beschlüsse der Kreise die Zahl der in jedem Kreis organisierten Kollegen berücksichtigen.

Stuttgart, 4.12.78

Tarifverhandlungen für die Seehäfen

Anfang Dezember begannen die Tarifverhandlungen für die Hafenarbeiter in den Seehäfen. Aus den Betrieben waren Festgeldforderungen gekommen. Bei der HHLA, dem größten Hamburger Hafenbetrieb, lagen sie etwa bei 150 bis 200 Mark. Die Vertrauensleuteversammlung verabschiedete eine Forderung von 150 Mark.



Bremer Hafenarbeiter besucht das sozialistische Albanien

Nr. 33 Nov./Dez. 1978

Wenn schon nur 6 Prozent, dann aber auch voll und ganz!

„De Anstorm", Betriebszeitung der KPD/ML für die bremischen Häfen

Die ÖTV-Bonzen gingen jedoch mit einer Forderung nach 6 Prozent in die Verhandlungen. Weiterhin wird die Erhöhung des Schichtzuschlags um 20 Prozent für die zweite und um 30 Prozent für die dritte Schicht verlangt. Die RGO im Hamburger Hafen hat die offene Mißachtung der Bonzen für die Forderungen und Beschlüsse der Kollegen scharf verurteilt.

Sie ruft die Kollegen dazu auf, jetzt für die volle Durchsetzung der 6 Prozent zu kämpfen. Außerdem fordert sie eine Urabstimmung über den Abschluß.

Warnstreiks in Baden-Württemberg

Am 28. 11. kam es in Stuttgart und acht weiteren Städten Baden-Württembergs zu Warnstreiks der Bus- und Straßenbahnfahrer. Die Kollegen protestierten damit gegen die Weigerung des kommunalen Unternehmerverbandes, in die seit zwei Jahren anstehenden Verhandlungen über die Manteltarifforderungen einzutreten.

Pressefreiheit

Der Verleger und Herausgeber des „Kölner Stadtanzeigers", Alfred Neven DuMont, schrieb an die Redaktion seiner Zeitung: „Ich möchte, um Unklarheiten zu vermeiden, klarstellen, daß wir im Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, zunächst bei der IG Metall, uns nicht festlegen zugunsten der 35-Stunden-Woche. Hinzu kommt, daß in Bälde diese Frage unser eigenes Gewerbe im Druckbereich genauso tangiert. Die entsprechende Forderung der IG Druck und Papier liegt ja bereits vor."

Auf Vorwürfe, mit dieser Anordnung die Berichterstattung seiner Zeitung zu manipulieren, antwortete Neven DuMont, er habe lediglich von dem legitimen Recht des Herausgebers Gebrauch gemacht.

Was zeigt besser als diese Äußerungen, wie es mit der Pressefreiheit in diesem Land wirklich bestellt ist! Wer das Geld und die Macht hat, bestimmt, was und wie es berichtet wird. Wobei — nebenbei bemerkt — der Zeitungskapitalist mit der Berichterstattung gegen die 35-Stunden-Woche bestrebt ist, seine eigene Position bei den anstehenden Kämpfen mit den eigenen Arbeitern schon im voraus auszubauen.

Manteltarifvertrag bei NGG

Verhandlungen seit einem Jahr verschleppt!

Seit fast einem Jahr, nämlich seit dem 31. Dezember 1977, ist der Manteltarifvertrag für die Beschäftigten in der Süßwarenindustrie gekündigt. Bis heute haben sich die Führer der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten lediglich dreimal mit den Kapitalistenvertretern zu Verhandlungen getroffen. „Ohne greifbares Ergebnis", wie die NGG-Bonzen erklärt haben.

Die Kapitalisten der Süßwarenindustrie versuchen, die Arbeiterinnen und Arbeiter um die längst fälligen Verbesserungen bei den Manteltarifen zu prellen. Auf diese Weise können sie noch höhere Profite erzielen. Sie treiben die Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung voran, verschärfen die Arbeitshetze, ziehen durch Umsetzungen und Abgruppierungen einen faktischen Lohnabbau durch und wollen durch das Einfrieren der Manteltarife die Möglichkeit verbauen, diese Angriffe abzuwehren. Die Kollegen sollen gehindert werden, sich dagegen zu wehren und ihre Interessen abzusichern.

Es ist eine bodenlose Schweinerei, daß die Gewerkschaftsbonzen der NGG diesen Feldzug der Süßwarenkapitalisten zur Verschärfung der Ausbeutung tatenlos mitansehen. Mehr noch: NGG-Boß Döding und seine Kumpane spielen das schmutzige Spiel der Unternehmer insgeheim mit.

- Die erste Manteltarifverhandlung fand erst am 14. Februar 1978 statt, also eineinhalb Monate nach dem Auslaufen des alten Tarifvertrags. Im Normalfall beginnen jedoch Tarifverhandlungen immer schon bevor der Vertrag ausgelaufen ist.
- Die Gewerkschaftsführung hat die NGG-Mitglieder überhaupt nicht informiert. Selbst viele Vertrauensleute tappen im Dunkeln über den Stand der Dinge.
- Die Gewerkschaftsbonzen haben nicht die geringsten Maßnahmen ergriffen, um die Süßwarenkapitalisten unter Druck zu setzen. Sie haben keinerlei Protestaktionen oder gar Kampfmaßnahmen gegen das provokatorische Verhalten der Unternehmer organisiert.

Die NGG-Führer wollen ganz gezielt jeden gewerkschaftlichen Kampf gegen ein jahrelanges Einfrieren der Manteltarifrunde verhindern. Sie haben nicht einmal ihren Forderungskatalog an die gewerkschaftlichen Basis bekanntgemacht. Offensichtlich haben sie Angst davor, daß unter den Kollegen weitergehende Forderungen diskutiert werden. Vor allem wollen sie verhindern, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufs Tapet gebracht wird.

Die Kapitalisten pressen schon seit Jahren immer rücksichtsloser aus einer verminderten Zahl von Beschäftigten steigenden Profit heraus. Die NGG-Bonzen aber tun dagegen nichts. Es liegt doch auf der Hand, daß NGG-Boß Döding und Konsorten nicht die Interessen der Arbeiter verteidigen, sondern die Profitinteressen der Kapitalisten.

In Hamburg haben jetzt Kollegen im NGG-Bereich die Konsequenzen aus dem bodenlosen Verrat der Gewerkschaftsführung gezogen. Sie haben sich zu einer RGO-Gruppe zusammengeschlossen und ein Flugblatt gegen die Verschleppungstaktik der Bosse und Bonzen herausgebracht. In diesem Flugblatt unterbreiten die Kollegen einen Forderungsvorschlag für einen neuen Manteltarifvertrag. Unter anderem erhält er folgende Forderungen:

Ausbau und Verbesserung des Kündigungsschutzes! Ab dem Alter von 50 darf niemand mehr gekündigt werden! Gleichwertiger Arbeitsplatz und keine Lohneinbußen bei innerbetrieblichen Umsetzungen! Anhebung des Jahresurlaubs und damit verbunden höheres zusätzliches Urlaubsgeld! 25 Tage Mindesturlaub! Das 13. Monatsgehalt muß tariflich abgesichert sein! Abschaffung der Leichtlohngruppen! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Tarifnachrichten + + + Tarifnachrichten + +

Inzwischen sind in der Metallindustrie außer Hessen, Baden-Württemberg und dem Nordverbund auch andere Tarifbezirke in die Tarifrunde eingetreten. In Rheinland-Pfalz wurde, ebenso wie in Hessen, eine Lohnerhöhung von nur 6 Prozent und 30 Arbeitstagen Urlaub gefordert. In Berlin die gleiche Forderung, wobei die Urlaubsverlängerung „stufenweise" eingeführt werden soll und die sechs Wochen erst 1981 erreicht werden sollen. Somit hat sich bestätigt, daß in allen Tarifbezirken der Metallindustrie die Führung der IG Metall auf Forderungen zur wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung verzichtet!

Am 15.12. beginnen in Hessen und am 18.12. im Nordverbund die Tarifverhandlungen. Vorsorglich haben die Metallkapitalisten zu verstehen gegeben, daß sie nicht daran denken, Zugeständnisse in der Urlaubsfrage zu machen, obwohl ihre „Kollegen" in der Stahlindustrie von sich aus sechs Wochen Urlaub angeboten hatten.

Die Lohn- und Gehaltstarife der papierverarbeitenden Industrie sind zum Jahresende gekündigt worden. Die Landesbezirke der IG Druck und Papier fordern eine lineare Anhebung der Löhne und Gehälter von 6,5 Prozent und der Ausbildungsvergütungen für die gewerblichen Lehrlinge um 9,9 bis 10,6 Prozent. Aber obwohl auch hier die Drupa-Bonzen auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verzichteten, bezeichnete der Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie (HPV) diese Forderungen sofort als nicht erfüllbar. Sie lamentieren, wie üblich, über die schlechte wirtschaftliche Lage.



Ca. 35.000 Arbeiter und andere Werktätige demonstrierten am 8. 12. 78 in Duisburg gegen die Aussperrung

Stahlarbeiterstreik stärkt die gesamte Arbeiterklasse

Bahnbrecher für 35-Stunden-Woche

Ein Komplott, genannt „politische Schlichtung", wird geschmiedet. Sollte es den Stahlarbeitern nicht gelingen, dieses Komplott zu zerschlagen, so wäre der erste Ansturm für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in unserem Land zunächst zurückgeschlagen. Die Herren der Stahlkonzerne hätten fürs erste ihre Stellungen verteidigt, von denen aus sie in den kommenden Monaten und Jahren ihren Rationalisierungsterror verschärfen und ihre Entlassungsfeldzüge vorantreiben wollen.

Ein Drittel der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie, also rund 70.000 an der Zahl, sind für die nächsten Jahre von den Beherrschern der Stahlmonopole ins Visier genommen. Damit die Aktien von Mannesmann, Krupp, Thyssen, Hoesch, Klöckner und ARBED steigen, damit die Profitmarken auf neue Rekordhöhen getrieben werden können, sollen Zehntausende Stahlarbeiter ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, sollen die verbliebenen Hüttenwerker noch brutaler ausgepreßt und im mörderischen Kontischichtrhythmus verheizt werden.

In diesem Kampf geht es nicht allein um die Interessen der Stahlwerker. Die Schlacht, die hier geschlagen wird, betrifft die ganze Arbeiterklasse. Den Stahlwerkern steht nicht nur die Mafia der Stahlmonopolisten gegenüber, sondern das Lager der Kapitalisten als Ganzes, und zwar unter der Fuchtel der mächtigsten Kreise des Monopolkapitals.

Mit unerhörter Brutalität reagierten die Kapitalisten auf den Schwerpunktstreik. Bereits nach drei Streiktagen konterten sie den Streik von 27.000 mit der Aussperrung von 66.000 Stahlwerkern in bestreikten und nichtbestreikten Betrieben. Und schon bevor die ersten Streikposten vor den Werkstoren aufgezogen waren, verkündete die Unternehmermafia ihren Aussperrungsbeschluß. Inzwischen sind rund 80.000 Stahlwerker ausgesperrt. Ohne Rücksicht auf Verluste und kompromißlos wollen die Kapitalisten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abschmettern. Auch die von der IGM-Führung aufgestellte Kompromißforderung nach „Einstieg" ist ihnen schon zuviel. Sie kann nur durchgesetzt werden, wenn die Stahlkapitalisten konsequent in die Knie gestreikt werden. Ohne Ausweitung des Streiks, ohne Vollstreik, läuft da nichts.

Statt jedoch endlich den brutalen Aussperrungsterror mit Ausweitung des Streiks zu kontern, sagten die IGM-Führer Ja zur „politischen Schlichtung". Und dies, obwohl die Stahlbarone nach wie vor provokatorisch höhnen: „Wir sind nicht bereit, über die 35-Stunden-Woche überhaupt zu verhandeln." NRW-Arbeitsminister und Hoesch-Aufsichtsratsmitglied Fahrtmann, der bereits den 4-Prozent-Schandabschluß in der letzten Stahltarifrunde herbeigeschlichtet hat, soll die Eselsbrücke schlagen, auf der die IGM-Führung den entscheidenden Schritt zur vollständigen Kapitulation vor den Stahlbaronen tun kann, „ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren".

Es liegt in der Hand der Stahlarbeiter

Alles liegt jetzt in der Hand der klassenbewußten Stahlarbeiter, vor allem der aktivsten Kollegen der Streikfront, die den festen Kern der Streik- und Aussperrungsposten bilden, die Tag für Tag, Nacht für Nacht vor den Toren stehen und kämpfen, und von denen der Großteil Vertrauensleute und aktive Gewerkschafter sind. Sie haben die Möglichkeit, das Schlichtungskomplott zu zerschlagen, indem sie massiv dagegen protestieren und indem sie Aktionen für die Ausweitung der Streikfront organisieren. Sie können durch Streikversammlungen, durch die Organisierung von Demonstrationen und Kundgebungen, die gegebenenfalls gegen den Willen der Streikleitungen durchgeführt werden, einen Teil der streikenden und ausgesperrten Massen zum eigenständigen Handeln mobilisieren. Noch ist die Kampfmoral der Masse der Stahlarbeiter trotz aller Spaltungs- und Kapitulationspolitik der IGM-Führung nicht gebrochen.

Die Härte dieses Kampfes, die Brutalität der Stahlkapitalisten, läßt sich nur auf dem Hintergrund der Verschärfung der kapitalistischen Krise in den letzten Jahren verstehen. Die Krise hat den weltweiten Konkurrenzkampf der Monopole, Trusts und Kapitalgruppen um Absatzmärkte, Einflußzonen, Kapitalanlagemöglichkeiten, um die Beherrschung der Rohstoffquellen enorm verschärft. Die kapitalistischen Überproduktionskrisen und die weltumspannende wirtschaftliche Rezession hat den zügellosen Heißhunger der Monopolkapitalisten nach Maximalprofit noch mehr angeheizt. Das Wolfsgesetz der Monopole lautet in der Krise bedingungsloser denn je: Sei unter den Bestien die stärkste und wildeste oder werde von deinen Artgenossen angefallen und in Stücke gerissen.

Profit zu machen reicht nicht aus: Es müssen Superprofite, Höchstprofite, Rekordprofite sein. Die Zeche bezahlen läßt man die werktätigen Massen. Durch verschärfte Ausbeutung in den Betrieben, durch Rationalisierungsterror und wachsende Arbeitslosigkeit, durch wachsende Steuerlasten und soziale Demontage. Und während sich die Lebenslage der Werktätigen an allen Ecken und Enden verschlechtert, steigen die Dividenden, machen die Finanz- und Konzernhaie Profite wie nie zuvor. Großunternehmen wie zum Beispiel VW scheffeln Milliardengewinne. Gleichzeitig erläßt der Staat ihnen riesige Steuerbeträge und wirft ihnen dazu noch enorme Summen als Subventionen in den Rachen.

Die Unzufriedenheit wächst

Auf der anderen Seite aber wächst im arbeitenden Volk die Unzufriedenheit. Hinter dem Schleier von „sozialer Partnerschaft" kommt das wahre Gesicht des Ausbeutersystems zum Vorschein. Die Notwendigkeit, durch unversöhnlichen Klassenkampf die eigenen Interessen zu verteidigen, dringt in das Bewußtsein breiter Teile der Arbeiterklasse ein. 1978 in der Bundesrepublik und in Westberlin: eine beispiellose Welle von Streiks und Massendemonstrationen gegen Reallohnabbau, Rationalisierungsterror, Stillegungen und Massenentlassungen, gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror. Auch die Protestbewegung gegen die politische Unterdrückung, gegen Reaktion und Faschismus, nimmt einen machtvollen Aufschwung. Der Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit hat sich verschärft. Der Streik und die Aussperrung in der Stahlindustrie sind der bisher deutlichste Ausdruck dafür.

Es erklärt sich nur vor diesem Hintergrund, daß sich gerade in diesem Jahr die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als eine zentrale Forderung der Gewerkschaftsbewegung durchsetzt. Der Kampf für diese Forderung ist ein Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiterklasse. Er richtet sich gegen die Auswirkungen der Rationalisierung, gegen Arbeitsplatzvernichtung und gegen die schrankenlose Auspressung der Arbeitskraft.

DGB-Führer in der Zwickmühle

Aber dagegen haben die Kapitalisten sich verschworen. Sie sind entschlossen, gegen die 35-Stunden-Woche erbitterten Widerstand zu leisten. An diesem Punkt wollen sie keinen Kompromiß eingehen. Das ist auch den DGB-Führern klar. Deshalb wollten die Vetter, Loderer und Konsorten auf dem Düsseldorfer DGB-Kongreß im Frühjahr dieses Jahres den Antrag, der die 35-Stunden-Woche zum Kampfziel des DGB erklärt, unbedingt abschmettern. Der Antrag kam jedoch mit einer knappen Mehrheit durch. Jetzt sind die Herren DGB-Führer in der Zwickmühle.

Die Kapitalisten wollen an der Stahlfront einen exemplarischen Sieg erringen. Deshalb scheuten sie sich nicht, den Kampf sofort mit ihrem skrupellosen Aussperrungsterror zu eskalieren. Der Verrat der IGM-Führung verdoppelte sich, indem sie daraufhin den Streik nicht ausweitete, sondern sogar noch an bestreikten Betrieben den Abzug der Streikposten durchzusetzen versuchte. Und auch die zahlreichen Resolutionen und Proteste der Gewerkschaftsbasis, die von der Gewerkschaftsführung die Ausweitung und konsequente Führung des Streiks fordern, hinderten die IGM-Führer dann nicht, mit dem Schlichtungsmanöver der Streikfront offen in den Rücken zu fallen. Als Lakaien und Komplizen des Monopolkapitals führen sie den Dolchstoß von hinten gegen die streikenden Stahlwerker.

Wie der Kampf jedoch auch enden wird, ob mit einem Teilerfolg der Arbeiter oder mit einem Sieg der Kapitalisten — die Arbeiter gehen mit einem gestärkten Klassenbewußtsein aus ihm hervor. Und die innergewerkschaftliche Opposition ist durch diesen Streik stärker, konsequenter und bewußter geworden. Die Rolle der durch und durch reaktionären DGB-Bürokratie wird besser durchschaut. Die Loderer, Herb und Konsorten haben sich vielen Kollegen als abgefeimte Arbeiterverräter enthüllt. Daß dieser Streik überhaupt geführt wird, ist bereits ein Erfolg. Auch wenn am Ende noch keine Bresche für die 35-Stunden-Woche geschlagen sein sollte, hat der Stahlarbeiterstreik jetzt schon die Ausgangspositionen dafür gestärkt, daß der Kampf der deutschen Arbeiterklasse für dieses Ziel künftig noch weiter machtvoller und in breitester Front entbrennen wird.



Die Streikleitung hatte die Kundgebung abgeblasen. Trotzdem versammelten sich vor dem Hoesch-Phoenix-Hüttenwerk 400 Kollegen, um gegen die Aussperrung zu protestieren.

Zweite Streikwoche:

Gegen Schlichtungskomplott — Stahlarbeiter kämpfen für Ausweitung der Streikfront

Fortsetzung von Seite 1

still. Zugleich hatten, ebenfalls am Freitag, auf der anderen Seite des Rheins, in Duisburg-Rheinhausen, 2.000 Beschäftigte der dortigen nichtbestreikten Krupp-Hüttenwerke für Stunden die Arbeit niedergelegt und waren durch Rheinhausen demonstriert. Auch in Dortmund, Oberhausen, Bochum und Bremen war es zu Kundgebungen und Protesten gegen die Aussperrung und für die Durchsetzung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und mindestens 5 Prozent Lohnerhöhung gekommen.

Die Schlichtung ist ein Komplott gegen den Kampf der Stahlwerker. Ein fauler Kompromiß soll durchgepeitscht werden, der als „stahltypische Lösung" bezeichnet wird und mit einer echten Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Stahlwerker nichts zu tun hat. Arbeitszeitverkürzung nur für Wechselschichtler, möglicherweise nur für diejenigen, die unter besonders harten Bedingungen arbeiten (Hitze, Staub). Eventuell würde auch eine Altersstaffelung eingeführt. Auf diese Weise wollen die IGM-Bonzen sich von dem ursprünglich von ihnen selbst propagierten „Einstieg" in die 35-Stunden-Woche absetzen, „ohne dabei das Gesicht zu verlieren". Eine solche „stahltypische Lösung" würde eine Niederlage für die Stahlwerker bedeuten. Sie würde einen Teil der Kollegen leer ausgehen lassen.

Aber bislang konnte die IGM-Führung es sich nicht leisten, den entscheidenden Schritt zu diesem Verrat zu tun, obwohl Loderer bereits in Duisburg sich offen zu einer „stahltypischen Lösung" bekannt hat. Loderer und Konsorten können es nicht riskieren, daß die Bewegung ihnen aus der Kontrolle gerät. Der Druck der kämpfenden Massen und die sich verstärkende Opposition auf den unteren Ebenen des Funktionärskörpers zwang die IGM-Führung, für Dienstag dieser Woche grünes Licht für 33 Protestkundgebungen in NRW, Osnabrück und Bremen und für Warnstreiks in der ganzen Metallindustrie zu geben. Wenn dieser Dienstag zu einem machtvollen Großkampftag wird, so ist das ein wichtiger Schritt zur Durchkreuzung von Farthmanns Schlichtungsmission und zur Durchsetzung der Forderungen nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und einer Lohnerhöhung von 5 Prozent.

mpfentschlossenheit der Stahlwerker gebrochen

Duisburg: 35.000 marschierten für den Sieg der Stahlwerker

Am 8.12. marschierten die Duisburger Stahlarbeiter in drei Marschkolonnen zum Hamborner Altmarkt. Abmarschorte waren das Tor 1 der Thyssen AG, Werk Hamborn, der Hüttenbetrieb in Meiderich und das Tor 30 der Thyssen AG, Werk Ruhrort, das zur Zeit noch voll produziert. Auf dem Altmarkt kamen dann rund 35.000 Menschen zusammen — mehr als bei der Kundgebung nach der Urabstimmung!

Viele Delegationen anderer Gewerkschaften und auch anderer Stahlbetriebe beteiligten sich. Mit zehn Wagen demonstrierten die Müllmänner Duisburgs ihre Solidarität mit den Stahlarbeitern. Dann, mittags, standen die Straßenbahnen plötzlich still. Zwei Stunden lang legten die Straßenbahner den öffentlichen Verkehr lahm und erzwangen mit diesem Solidaritätsstreik die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für den Kampf der Stahlarbeiter. Mit dieser großartigen Aktion brachten sie zum Ausdruck, daß auch über die Grenzen der einzelnen Branchen hinweg die Streikfront aller Arbeiter geschmiedet werden kann.

Hoch anzurechnen ist es auch den Ruhrorter Kollegen, daß sie an der Demonstration teilnahmen. Denn sie müssen ja nach wie vor arbeiten und bekommen die Ausfallstunden vom Lohn abgezogen. Stark verbreitet ist unter ihnen die Forderung, auch in den Streik einbezogen zu werden!

Die Duisburger Stahlarbeiter werden keine faulen Kompromisse hinnehmen. Das haben sie in dieser größten Massendemonstration gezeigt, die Duisburg seit Jahrzehnten gesehen hat.



Diese Parole stand an einem Fabrikgebäude von Hoesch-Union in Dortmund



„Ich bin ein Schwein — ich habe ausgesperrt", stand an einem Käfig am Tor bei Mannesmann Huckingen in Duisburg.

Stimmung bei Hoesch/Phoenix

„Wir brauchen keinen Schlichter"

Die ersten drei Tage der Aussperrung standen Streikposten aus eigener Initiative an den Toren. Die Streikleitung hat das nicht gewollt. Alles wurde von den Kollegen, Betriebsräten und Vertrauensleuten selbst organisiert. Die Koksöfen wurden von Kollegen des Notdienstes zusammengeschweißt und auch der Koks besorgt.

Danach war die Streikleitung praktisch gezwungen, die Sache im nachhinein zu unterstützen. Dieses Verhalten der Streikleitung löste starke Kritik und Empörung unter den Kollegen aus. Selbst die Ausschmückung der Tore mit Transparenten und Schildern geht auf die Kollegen zurück.

Einzelne Arbeiter stehen bis zu zehn Stunden am Tag Posten. Manche Kollegen der Notbelegschaft kommen einige Zeit vor Schichtbeginn und stehen ebenfalls aus Solidarität, andere stehen nach Feierabend — trotz achtstündiger Schicht — noch einige Stunden.

Die Werksfeuerwehr versorgt die Kollegen an den Toren regelmäßig mit Tee. Öfters kommen Kollegen mit ihren Ehefrauen zu den Posten, um ihre Solidarität zu bekunden, und aus der Einkaufstasche wird dann eine oder zwei Flaschen Rum geholt. Manche Kollegen haben spontan Geld gespendet. Der Wirt einer gegenüberliegenden Kneipe bringt jeden Tag einen Slivowitz für jeden Kollegen. Auch die Hörder Fraueninitiative überbrachte eine Unterschriftensammlung und eine Geldspende. Über alle diese Solidaritätsbekundungen und Unterstützung freuen sich die Kollegen sehr.

Unmut und Empörung herrscht über gewisse „Streiklokalbürokraten", die „ihre Ärsche wärmen" und bisweilen die Streikposten arrogant oder unverschämt behandeln.

Empörung herrscht auch über falsche und einseitige Berichterstattung von Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen. So wurden im Fernsehen nur flüchtig ein paar Szenen vom Streik gezeigt. Danach durfte dann Weisweiler eine halbe Stunde reden. Oft geäußerte Meinungen der Streikposten: „Wir brauchen keinen Schlichter, da kann nur ein fauler Kompromiß herauskommen", „...dann werfe ich denen das Gewerkschaftsbuch an den Kopf" und „...dafür habe ich nicht die Tage hier in der Kälte gestanden". Alle sind sich einige: „Vollstreik wäre das einzig Richtige!"

Klöckner/Bremen

IGM-Bezirksleitung wiegelt Warnstreik ab

Letzten Freitag versuchte die betriebliche Streikleitung bei Klöckner, für Montag und Dienstag einen Warnstreik auf die Beine zu stellen. Im Betrieb wurde über den Warnstreik schon so gesprochen, als sei sein Zustandekommen eine sichere Sache.

Da trat am Freitagnachmittag ein Vertreter der IGM-Bezirksleitung Hamburg auf einer Versammlung im Streiklokal auf. Er erklärte, daß die IGM-Führung den Warnstreik nicht unterstützen würde. Die Begründung war: Wenn Klöckner anfinge zu streiken, dann seien auch die Kollegen in Nordrhein-Westfalen, die noch nicht im Streik stünden, nicht mehr zu halten. Es würde zum Vollstreik kommen, und das gerade wolle der Vorstand nicht.

Das schlug doch dem Faß den Boden aus! Die Kollegen waren empört. Der IGM-Beauftragte suchte die Kollegen nun mit der Bemerkung zu beschwichtigen, die Tarifbewegung wäre in zwei Phasen eingeteilt, wobei die zweite Phase — Vollstreik — erst für den Januar vorgesehen sei, falls bis dahin noch nicht abgeschlossen sein sollte. Aber alle schönen Reden konnten den offenkundigen Verrat nicht mehr vertuschen.

In einem Flugblatt hat die RGO sofort das Vorgehen der IGM-Bonzen angeprangert. Sie hat die Kollegen aufgefordert, am Montag und Dienstag trotzdem in den Warnstreik zu treten. Die Aussichten sind allerdings schlecht. Die Kollegen sind durch den Verrat der IGM-Führer zunächst einmal entmutigt worden. Die Hauptstimmung bei Klöckner ist im Moment: „Wenn uns die Herren derart im Stich lassen, dann werden wir doch nicht auch noch für die die kämpferische Kulisse machen."



Weisweiler, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie, und Bezirksleiter der IGM, Herb, blicken sich tief in die Augen.

Das verschmähte Spendengeld

Um die ausgesperrten Kollegen von Hoesch-Phönix in Dortmund zu unterstützen, sammel wir am Montag, den 4.12. mittags vor zwei Toren des Hoesch-Werkes Union Spenden. Wir — das sind vier Kollegen von der RGO. Wir bekommen 75 Mark zusammen.

Mit dem Geld fahren wir zu Phönix an das Hochofentor, wo viele kämpferische Kollegen als Ausgesperrte Posten stehen. Unter ihnen auch Klaus Böcking, Betriebsratskandidat der RGO bei Hoesch. Die meisten Kollegen sind über unsere Unterstützungsaktion erfreut. Ein DKP-Betriebsrat aber stellt sich quer. „Von der RGO gesammelt, das können wir nicht annehmen", sagt er. Die übrigen Kollegen aber sind anderer Meinung. Der DKP-Betriebsrat lenkt ein und sucht nach Ausreden. „Wir können hier am Tor gar kein Geld annehmen. Das müßt ihr bei der Streikleitung abgeben."

Dagegen können wir nichts einwenden. Wir machen uns also mit dem Geld auf zur Streikleitung. Dort treffen wir auf einen der Betriebsratschefs, Weiermann mit Namen, der außerdem noch SPD-Stadtrat ist. Weiermann ist für die Spenden verantwortlich. Zunächst, da er noch nicht weiß, wer wir sind, zeigt er sich hocherfreut. Als er jedoch erfährt, daß wir der RGO angehören, verzieht sich seine Miene süßlich-sauer. „Eine heikle Sache, die ich nicht so recht allein entscheiden möchte", meint er. Er sehe zwar die gute Absicht der Union-Kollegen hinter der Unterstützungsaktion, aber schließlich sei es ja doch die RGO, die das Geld überreiche — die RGO . . .

Weiermann will die Spende nicht annehmen. Wir legen den Sachverhalt noch mal in seiner ganzen Einfachheit dar: Die arbeitenden Kollegen von Union wollten den ausgesperrten von Phönix helfen; sie spendeten Geld; die RGO, die alle Kämpfe der Kollegen nach Kräften zu unterstützen sucht, organisierte auch diese Hilfsaktion. — Nun bringen wir das Geld zur Streikleitung, die ja den besten Überblick haben müßte, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird. Ist das so schwierig? Kein Kollege jedenfalls wird es begreifen, wenn seine Spende hier nicht angenommen wird!

Weiermann windet sich. Vor seinem geistigen Auge sieht er schon den Eintrag: „75 Mark von RGO-Kollegen vor Werk Union gesammelt" im Spendenbuch stehen. Wie paßt der denn zu dem von der Gewerkschaftsführung drohend an die Wand gemalten Schreckensbild von der RGO? — Gleichzeitig aber schreckt ihn ein anderer Gedanke: Wie wird er vor den Kollegen dastehen, wenn er das Spendengeld ablehnt?

Schließlich kommt Weiermann die rettende Idee. Vorm Hochofentor steht ja ausgesperrt auch Klaus Böcking. Da Klaus wegen seiner Kandidatur auf der Liste der RGO aus der IGM ausgeschlossen wurde, bekommt er jetzt keinen Pfennig Unterstützung. „Geht zum Hochofentor und gebt das Geld dem Klaus Böcking", rät Weiermann nun, „der kann das Geld bestimmt gebrauchen." Der Vorschlag ist voller Zynismus. Wir haben keine Zeit mehr, uns noch länger mit Weiermann auseinanderzusetzen. Wir gehen.

Am Tor fragen uns die Kollegen verwundert: „Wie, ihr seid das Geld auch bei der Streikleitung nicht losgeworden?" Einige Kollegen fassen sich an den Kopf. Wir berichten von Weiermanns Schwierigkeiten. Die Kollegen sind jedoch einverstanden, das Geld Klaus Böcking zu geben. „Natürlich", heißt es, „laß es hier. Dem Klaus geht es am dreckigsten von uns allen. Der kann es schon gebrauchen. Und vielen Dank..."

So unwahrscheinlich es klingt: Die Spendengelder loszuwerden ist schwieriger gewesen, als sie zu sammeln.

Am selben Montag, abends, geht erneut eine Delegation der RGO zu einer Streikleitung, diesmal zu jener der Westfalenhütte/Hoesch, um 247,30 Mark zu übergeben, die auf einer Veranstaltung der RGO-Betriebsgruppe Hoesch gesammelt worden sind. Auch diesmal wird das Geld zunächst freundlich angenommen. Es wird ins Spendenbuch eingetragen. Als der Leiter des Streiklokals, ein IGM-Funktionär, jedoch erfährt, daß das Geld von RGO-Händen gesammelt und überreicht worden ist, tobt er. Das Geld wird zurückgegeben und die Eintragung gestrichen. — Wer dieses vom Haß getriebene Vorgehen allerdings wieder absolut nicht verstanden hat, sind die vor dem Tor Streikposten stehenden Kollegen.

25./26.11.78+++RGO gegründet+++25./26.11.78+++RGO gegr

Auf dem Gründungskongreß der RGO gab Dithmars Theil, Herausgeber der „RGO-Nachrichten", im Auftrag des Vorbereitungsausschusses einen Überblick über die Entwicklung und die Arbeit der RGO bis zum Herbst dieses Jahres.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition entstand im Kampf



„Sieht man sich die Entwicklung der RGO innerhalb der letzten zwölf Monate an, so kann man sie ohne Übertreibung als stürmisch bezeichnen. Vor einem Jahr gab es noch keine einzige RGO-Gruppe. Die RGO tauchte lediglich in Flugblättern der KPD/ML auf, die die Initiative zum Aufbau der RGO übernommen hatte. In der euch bekannten gelben Broschüre ‚Was will die RGO?' wurden ihre grundlegenden Ziele und Forderungen erstmals zusammengefaßt und breit veröffentlicht. Über 100.000 Exemplare davon sind vor und in den Betrieben, bei Streikversammlungen und Gewerkschaftskundgebungen verkauft und an interessierte Kollegen verteilt worden. Später sogar in türkischer Sprache, wie ihr wißt.

Aber solange war die RGO noch keine wirksame Kraft in den Betrieben. Heute aber ist sie das. Heute greift sie schon in vielen Betrieben in die Kämpfe der Arbeiter und kleinen Angestellten ein. Heute treibt sie die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten erfolgreich voran. Beim Hafenarbeiterstreik, beim Kampf der Druckereiarbeiter und beim Streik der Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg standen RGO-Kollegen mit an der Spitze der Streikenden, traten sie entschlossen für die Festigung der Streikfront ein. Die ersten eigenen Flugblätter der RGO erschienen in diesen Kämpfen. Erstmals schlossen sich kämpferische Kollegen zu festen RGO-Gruppen zusammen. So im Hamburger Hafen, in der Druckereibranche in Hamburg usw.

Die RGO als Organisation wurde so im Kampf geboren und wuchs in den Kämpfen schnell heran. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen kam der entscheidende Durchbruch. Der brutale Versuch von Unternehmern und Gewerkschaftsführung, um nahezu jeden Preis die Wahl von revolutionären Betriebsräten zu verhindern und zu unterdrücken, schmiedete die entschlossensten Kollegen noch enger zusammen. Diese Erfahrung machte ihnen die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses zu einer RGO-Gruppe endgültig klar.

Die Erfolge, die dabei erzielt wurden, sind beachtlich. In fast allen Betrieben, in denen RGO-Listen oder der RGO nahestehende Listen zur Wahl standen, wurde auch mindestens ein RGO-Kandidat von den Kollegen zum Betriebsrat gewählt. Oft war es auch so, daß die Stimmen der Kollegen für weit mehr Betriebsratssitze gereicht hätten, als Kandidaten auf der Liste standen. In den mittleren und großen Betrieben entfielen auf die RGO-Listen überwiegend zwischen 15 und 30 Prozent der Stimmen der Kollegen. In kleineren Betrieben, wo RGO-Kollegen in der Regel auf Einheitslisten kandidierten, konnten sie teilweise noch wesentlich mehr Stimmen auf sich vereinigen. Bis hin zu über zwei Drittel aller Stimmen in einzelnen Fällen. In über 70 Betrieben arbeiten jetzt weit über 100 Betriebs- und Personalräte der RGO. In über 50 Betrieben aller wichtigen Branchen haben sich Kollegen zu festen RGO-Gruppen zusammengeschlossen. In einer Anzahl weiterer Betriebe ist die Gründung von RGO-Gruppen in absehbarer Zeit zu erwarten.

Ein wichtiger Schritt für den weiteren Aufbau der RGO war die Herausgabe der ‚RGO-Nachrichten'. Seit ihrem erstmaligen Erscheinen im April sind sie mehr und mehr zur Klammer zwischen den einzelnen RGO-Gruppen geworden, auch wenn sie im einzelnen natürlich noch verbesserungsbedürftig sind."

All dies, betonte Dithmars Theil in seinem Bericht, machte den Zusammenschluß der RGO-Gruppen und -Kollegen zu einer einheitlichen schlagkräftigen Organisation nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Deshalb bildeten Dithmars Theil als Herausgeber der „RGO-Nachrichten" und eine Reihe von Betriebsräten im Sommer einen Vorbereitungsausschuß und trafen die Vorbereitungen für den Gründungskongreß der RGO.

Wenn die Erfolge der RGO im letzten Jahr auch beachtlich waren, die stimmberechtigten Delegierten auf dem Gründungskongreß zahlreiche Kollegen aus wichtigen Großbetrieben, aber auch aus kleineren Betrieben, aus Krankenhäusern und aus der Verwaltung vertraten, so repräsentierten sie natürlich noch nicht die Masse der klassenkämpferischen Kollegen. Dithmars Theil sagte dazu:

„Natürlich vertreten unsere Delegierten noch eine sehr geringe Zahl von Kollegen. Das liegt zum einen daran, daß es bisher nur möglich war, über eine Betriebsgruppe Mitglied der RGO zu werden. Das wird nach der Gründung der RGO als bundesweite Organisation anders. Dann ist es auch möglich, als einzelner Kollege Mitglied der RGO zu werden. Zum anderen ist die RGO noch eine sehr junge Organisation und vielen Kollegen noch nicht einmal bekannt. Aber obwohl die Mitgliederzahl noch verhältnismäßig gering ist, zeigt sich doch eins: Der Einfluß der RGO ist bereits jetzt relativ groß. In den Betrieben, wo die RGO arbeitet, gibt es kaum Kollegen, denen das nicht bekannt ist. Über den Kreis der eigentlichen Mitglieder hinaus gibt es eine ganze Reihe von Kollegen, die mit den Zielen und Forderungen der RGO sympathisieren oder uns in einzelnen Fragen Recht geben. Auch die Hektik, mit der die Gewerkschaftsführung und die bürgerliche Presse auf die Erfolge der RGO bei den Betriebsratswahlen reagierte, zeigt uns, daß sie schon jetzt in der RGO eine für Bosse und Bonzen gefährliche Kraft sehen.

Aber das reicht natürlich noch nicht. Wir müssen unsere Anstrengungen vervielfachen, unseren Einfluß systematisch ausdehnen. In diesem Zusammenhang soll auch eine Schwäche unserer bisherigen RGO-Arbeit nicht unerwähnt bleiben. Ich meine unsere Arbeit, unseren Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Während die meisten RGO-Gruppen bereits vorbildlich in die Kämpfe in den Betrieben eingreifen und bei den Kollegen oft schon ein beträchtliches Ansehen errungen haben, besteht zu fortschrittlichen Vertrauensleuten oder Betriebsräten oft noch ein unnötig gespanntes Verhältnis, beteiligen wir uns zu wenig an der innergewerkschaftlichen Arbeit, bemühen wir uns zu wenig, auch hier die Interessen und Forderungen der Kollegen, der Gewerkschaftsmitglieder, aktiv und vorantreibend zu vertreten. Ich bin aber sicher, daß der hier von uns noch zu wählende Vorstand energische Schritte in dieser Richtung unternehmen wird und auch hier in absehbarer Zeit sichtbare Erfolge zu verzeichnen sind.

Die vor uns liegenden Aufgaben wie die Vertrauensleutewahlen im Frühjahr und die bereits in vollem Gange befindliche Tarifbewegung sind eine gute Gelegenheit, unsere Arbeit insgesamt zu verbessern. Wenn wir hier richtig eingreifen, werden wir Erfolge erringen und noch mehr Ansehen bei den Kollegen gewinnen. Die Gründung der RGO auf nationaler Ebene, zu der wir hier zusammengekommen sind, wird zur Bewältigung dieser Aufgaben die entscheidende Grundlage legen. In diesem Sinne wünsche ich unserem Gründungskongreß eine erfolgreiche Arbeit und einen erfolgreichen Abschluß."

(Von der Redaktion gekürzt.)



Schluß mit der Streikbruchtaktik — Vollstreik! „Streiknachrichten", die die RGO im Frühjahr dieses Jahres bei der Metalltarifrunde verteilte.



Die RGO-Betriebsrätinnen von Siemens/Witten auf der 1.-Mai-Demonstration der RGO in Dortmund. Eine der Forderungen ihres Kampfprogrammes ist die Errichtung eines Betriebskindergartens.



Während der Streiks der Druckereiarbeiter Anfang 1978 bildeten sich im Kampf vielerorts RGO-Gruppen.

25./26.11.78+++RGO gegründet+++25./26.11.78+++RGO geg

Grußadresse der KPD/ML an den Gründungskongreß der RGO

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen,

im Auftrag des Zentralkomitees der KPD/ML überbringe ich euch und durch euch allen Kolleginnen und Kollegen der RGO herzliche Grüße und die besten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf des Kongresses.

Unsere Partei sieht in diesem Gründungskongreß der RGO ein äußerst bedeutsames Ereignis für die Arbeiterbewegung in unserem Land. Wir glauben, daß die bisherige Entwicklung der RGO-Gruppen und insbesondere die Ergebnisse der letzten Betriebsratswahlen eindeutig bewiesen haben, daß der Aufbau der RGO für die klassenbewußten Arbeiter unseres Landes im Kampf gegen die Unternehmer und die reaktionäre Gewerkschaftsführung der richtige Weg ist. Um so mehr freuen wir uns, daß mit diesem Kongreß die RGO zentral für die Bundesrepublik und Westberlin gegründet wird, weil das ganz zweifellos ein wichtiger Schritt voran in der Entwicklung und beim Aufbau der RGO ist.

Gegenwärtig erleben wir — deutlich spürbar — eine Verschärfung der Klassenkämpfe in unserem Land. Es genügt, an die Kämpfe der Druckereiarbeiter, der Hafenarbeiter, der Metaller in Baden-Württemberg, an die zahlreichen Kampfaktionen vieler Belegschaften gegen Stillegungs- und Massenentlassungspläne der Unternehmer zu erinnern. Die Kampfstimmung, die gegenwärtig in den Stahlbetrieben herrscht, ist ebenfalls ein deutlicher Ausdruck dieser Tatsache.

Die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der Mitbestimmung, wie sie von der DGB-Führung betrieben wird, verliert unter diesen Bedingungen schnell an Boden. Die ÖTV-Bonzen haben bei den Hafenarbeitern in der Urabstimmung über den ersten von ihnen ausgehandelten Lohntarif eine klare Abstimmungsniederlage erlitten. Die IG Druck-und-Papier-Führung war aufgrund des starken Widerstandes seitens der Gewerkschaftsmitglieder gezwungen, den von ihr im Prinzip schon gebilligten Vertrag über die Einführung der neuen Technik abzulehnen. Die IGM-Führung ist, als sie den großen Streik der Metaller in Baden-Württemberg abbrach, ohne daß die Forderungen in ausreichendem Maß durchgesetzt waren, ebenfalls auf breiten Widerstand gestoßen. Jetzt in der Stahltarifbewegung hat der Beschluß des IGM-Hauptvorstandes, keinen Streik im gesamten Tarifbezirk durchzuführen, sondern nur Schwerpunktstreiks in bestimmten Betrieben vorzubereiten, sowie das Eintreten in neue Verhandlungen mit den Stahlbaronen nach der Urabstimmung breite Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern hervorgerufen.

Alles das zeigt, daß die Arbeiterverräter in der DGB-Führung große Schwierigkeiten haben zu manövrieren. Ihr Spielraum ist sehr eng geworden. Auf der einen Seite wächst die Kampfentschlossenheit der Arbeiter, die sich mit wachsender Empörung dagegen wehren, daß die Kapitalisten mit Unterstützung der Regierung alle Lasten der Krise auf sie abwälzen wollen. Auf der anderen Seite haben die Unternehmer eine harte provokative Haltung eingenommen. Sie wollen die Krise, die Angst der Kollegen um den Arbeitsplatz ausnutzen, um in großem Stil die Ausbeutung zu verschärfen, Rationalisierungsmaßnahmen in gewaltigem Ausmaß durchzuführen, um die Profite zu steigern. Die Unternehmer sind deshalb heute weniger bereit, bestimmte Zugeständnisse zu machen, damit die Gewerkschaftsführer wenigstens etwas in der Hand haben, um zumindest einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder zu beruhigen und bei der Stange zu halten. Heute müssen die Gewerkschaftsbonzen nach den Tarifverhandlungen immer wieder mit fast leeren Händen — nämlich mit Abschlüssen zwischen 3 und 5 Prozent — vor die Arbeiter treten. Das führt zweifellos dazu, daß immer mehr Kollegen das wahre Gesicht dieser Herrschaften und den tatsächlichen Charakter ihrer Politik erkennen.

Natürlich versucht die DGB-Führung, sich aus dieser Zwangslage herauszuwinden. Sie schlägt zum Teil ganz zweifellos radikalere Töne an. Man denke nur an die neue Aufmachung der IGM-Zeitung. Natürlich ist sie gezwungen, durch wohldosierte Kampfmaßnahmen den Eindruck zu erwecken, sie sei zum Kampf gegen die Unternehmer entschlossen. Aber das Ende vom Lied ist eben immer wieder der Verrat an den Forderungen der Arbeiter.

Mit jedem Tag tritt jetzt die Unvereinbarkeit zwischen den Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der einen Seite und denen der Kapitalisten auf der anderen Seite deutlicher hervor. Es ist ein scharfer Wind in den Klassenkämpfen aufgekommen. Ein so zerbrechliches, auf Lügen und Illusionen aufgebautes Kartenhaus wie das der Sozialpartnerschaft, auf das die DGB-Führung ihre Politik begründet, wird in diesem scharfen Wind über kurz oder lang zusammenbrechen.

Die Entwicklung des Klassenkampfes arbeitet so zweifellos für die RGO. Aber realistisch, wie wir sind, müssen wir auch die großen Probleme sehen, die es in unserer Arbeit gibt und die wir unbedingt lösen müssen. Die RGO hat zwar gute Fortschritte in der Arbeit in den Betrieben, unter den Kollegen am Arbeitsplatz gemacht. Nach wie vor ist unsere Arbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften aber zu schwach. Das ist ein Mangel, der behoben werden muß. Denn Tatsache ist, daß auch unter den aktiven Gewerkschaftern, selbstverständlich unter den Vertrauensleuten, aber auch unter Funktionären, die im engeren Sinne zum Gewerkschaftsapparat gehören, die Widersprüche zur Gewerkschaftsführung immer stärker werden. Das ist ein äußerst wichtiger Faktor. Diese Vertrauensleute und ehrlichen Funktionäre haben großen Einfluß unter den Kollegen. Sie spielen in allen Kämpfen der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle. Zweifellos müssen wir uns um ein vielfaches stärker als bisher bemühen, auf diese Kolleginnen und Kollegen Einfluß zu nehmen, um sie für uns zu gewinnen. Und zwar nicht nur als Kommentator von außen, sondern indem wir gemeinsam mit diesen Kolleginnen und Kollegen innerhalb der DGB-Gewerkschaften gegen die reaktionäre DGB-Führung und ihre Handlanger im Gewerkschaftsapparat kämpfen. Hieraus kommt es jetzt vor allem an. Unsere Partei betrachtet darum die kommenden Vertrauensleutewahlen als eine entscheidende Schlacht, für die es gilt, jeden Mann zu mobilisieren, um die Positionen der RGO in den betrieblichen Vertrauensleutekörpern und damit in den DGB-Gewerkschaften entscheidend zu stärken.

Mit den laufenden und auf uns zukommenden Tarifbewegungen und mit den Vertrauensleutewahlen steht die RGO unmittelbar vor wichtigen Kämpfen. Wir sind sicher, daß der erfolgreiche Verlauf dieses Kongresses die Grundlage dafür legt, daß die RGO schlagkräftig und wirksam die Interessen und Forderungen der Arbeiter in diesen Kämpfen vertreten kann, daß sie ihr Ansehen und ihren Einfluß unter den Arbeitern erhöhen und sich insgesamt tiefer in der Arbeiterklasse verankern wird.

Wie in der Vergangenheit wird unsere Partei, werden die Kommunisten unseres Landes auch in den zukünftigen Kämpfen fest und solidarisch an der Seite der RGO und der klassenbewußten Arbeiter stehen, und niemals wird man unsere Partei auf der Seite der Arbeiterverräter finden. Immer wieder versuchen die reaktionären DGB-Bonzen, die KPD/ML und die RGO gegeneinander auszuspielen. Indem sie die Behauptung aufstellen, die RGO sei für die KPD/ML lediglich ein Mittel zum Zweck oder die RGO sei in Wirklichkeit nur eine Tarnorganisation der KPD/ML. Ihr wißt selbst, daß diese Propaganda mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Der Antikommunismus war stets eine Waffe der Unternehmer zur Spaltung der Arbeiterklasse.

Lassen wir uns dadurch nicht beeindrucken. Arbeiten wir unbeirrt für die Einheit der Arbeiter und Angestellten unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung im Kampf gegen die Unternehmer und die kapitalistische Ausbeutung.

Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen! Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Bilder vom RGO-Kongreß



Die Delegierten stimmen über das Statut ab



Der neue Vorsitzende der RGO, Thomas Scheffer, auf dem RGO-Kongreß (rechts). Ganz links der Herausgeber der RGO-Nachrichten, Dithmars Theil.



Großes Vergnügen bereitete den Delegierten der Auftritt der Arbeitertheatergruppe „Pfeffermühle" aus Bochum. Die „Pfeffermühle" zeigte unter anderem zwei kurze Szenen zum Thema Gewerkschaft.

Aufgaben und Ziele der RGO

Aufgaben und Ziele der RGO sind in ihrer Satzung festgelegt. Dort heißt es unter § 2:

Die RGO ist eine gewerkschaftliche Kampforganisation. Sie will die Interessen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmermacht durchsetzen. Dabei kämpft sie als Opposition in den DGB-Gewerkschaften gegen die reaktionäre DGB-Führung, die mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, und gegen den von den unternehmerhörigen DGB-Bonzen geführten und kontrollierten Gewerkschaftsapparat. Die RGO kämpft für die Einheit der Arbeiter und Angestellten gegen die Spalter der Gewerkschaftsbewegung. In ihrem Eintreten für die Interessen der Arbeiter und Angestellten fühlt sich die RGO dem grundlegenden Ziel der Arbeiterbewegung verpflichtet, durch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse völlig zu beseitigen.

Vor allem hat die RGO folgende Aufgaben:

1. Der Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften gegen die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, wie sie von der DGB-Führung betrieben wird. Das Eintreten für eine Gewerkschaftspolitik, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert und sich konsequent gegen die Unternehmer richtet. Die RGO tritt innerhalb der DGB-Gewerkschaften für die Rechte und Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder ein und will die Millionen Gewerkschaftsmitglieder gegen die arbeiterfeindliche DGB-Führung und den von ihr kontrollierten Gewerkschaftsapparat zusammenschließen.

2. Die Entfaltung, Unterstützung und Organisierung der Kämpfe in den Betrieben für die Forderungen der Arbeiter und Angestellten.

3. Der Kampf für die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Gesellschaft. Dabei tritt die RGO gegen die Einführung bzw. für die Aufhebung aller Gesetze und sonstigen Maßnahmen von seiten der Unternehmer und des Staates ein, die das Ziel haben, die Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken oder zu behindern. Insbesondere fordert die RGO die völlige Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse, die vollständige Durchsetzung des Streikrechts und das generelle Verbot der Aussperrung sowie die Aufhebung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes und Personalvertretungsgesetzes.

4. Die Schaffung einer Solidaritätskasse. Aus dieser Kasse sollen Arbeitskämpfe unterstützt werden und Kolleginnen und Kollegen, die wegen ihres Eintretens für die Forderungen der Arbeiter und Angestellten gemaßregelt werden.

5. Die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter, ihre Solidarität und Kampfbereitschaft zu erhöhen.

6. Die Durchführung von Bildungsveranstaltungen.

7. Die Erteilung von Rechtsauskünften, insbesondere auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts.

8. Die solidarische Unterstützung von Kämpfen der Arbeiterschaft im Ausland nach dem Grundsatz „Ihr Kampf ist auch unser Kampf!", sowie die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten gewerkschaftlichen Organisationen des Auslands im Sinne des proletarischen Internationalismus.

Kampf für sauberes Trinkwasser

Volkskorrespondenz aus Bremen

Zwei Jahre lang hat eine Gruppe von Wissenschaftlern der Bremer Universität darum kämpfen müssen, das Bremer Trinkwasser untersuchen zu dürfen. Im letzten Mai schließlich gestattete man ihnen, die ersten Proben zu ziehen. Schon die allerersten Ergebnisse waren erschreckend und wurden deshalb sofort dem Gesundheitssenator mitgeteilt. Seit Juli liegt die vollständige Studie vor mit der niederschmetternden Erkenntnis, daß der krebserregende Stoff Bromoform in unserem Trinkwasser, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, in 200facher Menge vorkommt. Zusätzlich empörend daran ist, daß diese Verseuchung gerade die Arbeiterviertel Walle, Neustadt, Hemelingen trifft, weil sie zu 18 Prozent das dreckige Weserwasser in ihr Trinkwasser eingespeist bekommen, während die Stadtviertel der Reichen mit sauberem Wasser aus dem Harz versorgt werden.

Was aber tat der Gesundheitssenator, als das der Öffentlichkeit bekannt wurde? Er stellte sich vor die Presse hin, erklärte die Studie zum „plumpen Machwerk" und trank demonstrativ ein Glas Wasser. Hinter den Kulissen freilich tat er noch mehr: Der Initiator der Untersuchung, der Professor Klaus Bätjer, soll aus politischen Gründen entlassen werden, und andere Wissenschaftler der Gruppe sollen ebenfalls nach Ablauf ihrer Verträge nicht weiterbeschäftigt werden.

All das war sauber geplant. Nur in einem winzigen Punkt hat sich der Herr Senator verkalkuliert. Die Menschen aus den betroffenen Stadtteilen machen nicht mit. Die Empörung wächst. Womit soll jetzt Kaffee und Tee gekocht werden? Woraus soll die Mutter den Brei für ihr Baby anrühren? Ja sogar Ärzte stellen entsetzt fest, daß ein Glas Bremer Trinkwasser giftiger ist als eine normale Kopfschmerztablette täglich. Aufgrund des Drucks aus den Stadtteilen mußte sich heute abend der Senator einer Einwohnerversammlung von mehreren hundert Menschen in Bremen-Mitte stellen.

Seine Rede war Beschwichtigung, vermischt mit Lüge. So sagte er zum Beispiel, daß **insgesamt** die Verseuchung des Bremer Trinkwassers nicht über dem Bundesdurchschnitt liege, wobei er vermied, das Bromoform zu erwähnen. Er räumte ein, daß unser Trinkwasser gefährlich ist, „aber", so die verblüffende Schlußfolgerung, „es ist überall gefährlich", und „es gibt überhaupt kein Lebensmittel, das nicht gesundheitsschädlich ist. Das ist eben so!" „Ja, woran liegt das denn?", riefen die wütenden Teilnehmer der Versammlung, „daran, daß es solche Gesundheitssenatoren gibt wie Sie."

Die ebenfalls anwesenden Wissenschaftler bewiesen anhand von amerikanischen Untersuchungen, daß 8 Prozent aller Krebskrankheiten, die überhaupt auftreten, durch Trinkwasserschadstoffe verursacht werden, daß Bromoform ein Hauptverursacher ist, daß die Bromoformkonzentration in Bremen 200mal größer ist als im Bundesdurchschnitt, daß sie zum Beispiel um 30 Prozent höher liegt als in einer vergleichbaren Stadt wie Hannover. Und sie bewiesen vor allem, daß alle diese Fakten sowohl dem sogenannten Gesundheitssenator wie auch den Herren von den Stadtwerken seit langem bekannt sein müssen, weil sich die Stadt Bremen seit zehn Jahren einen Professor der Universität Karlsruhe als Berater hält, der inzwischen zugegeben hat, daß die Ergebnisse der Studie der Bremer Wissenschaftler richtig sind.

In die Enge getrieben, erklärte der Gesundheitssenator, daß es wohl möglich sei, im Notfall das Weserwasser aus dem Trinkwasser wegzulassen, aber diesen Notfall sehe er nicht, erst mal solle man reduzieren. Ja, den Notfall sieht er nicht. „Wo wohnt er denn eigentlich, der Herr Senator?", das war die Frage der Versammelten. Und da kam es raus: Er wohnt, wo alle Bremer Bonzen wohnen, in der Neuen Vahr, und sein Trinkwasser ist sauber.

Anwesend waren auch die Direktoren der Stadtwerke. Diese Herren, die seit -zig Jahren enorm daran verdienen, daß sie uns das reinste Gift als Trinkwasser verkaufen, diese selben Bonzen hatten auch noch die Frechheit, eine Preiserhöhung von 30 Pfennig pro Kubikmeter Wasser anzukündigen, für den Fall, daß weniger Weserwasser eingespeist werden sollte als bisher. Wessen Diener diese Herren sind und wie sie mit dem Trinkwasser der Bevölkerung Schindluder treiben, enthüllte eine Frau vor der Versammlung: „In dem Wasserwerk auf dem Werder existiert ein Salzschreiber, der ständig die Salzbelastung der Weser, aus der das Bromoform stammt, mißt. Sinkt der Salzstand unter einen gewissen Punkt, dann wird grünes Licht gegeben für die Bremer Firmen, daß sie ihr Salz in die Weser ablassen dürfen, das sie aus den Salzkavernen ausspülen, um darin Öl und anderes zu lagern."

Die Versammlung der Einwohner beschloß einmütig eine Resolution, in der die wichtigsten Forderungen folgende waren:

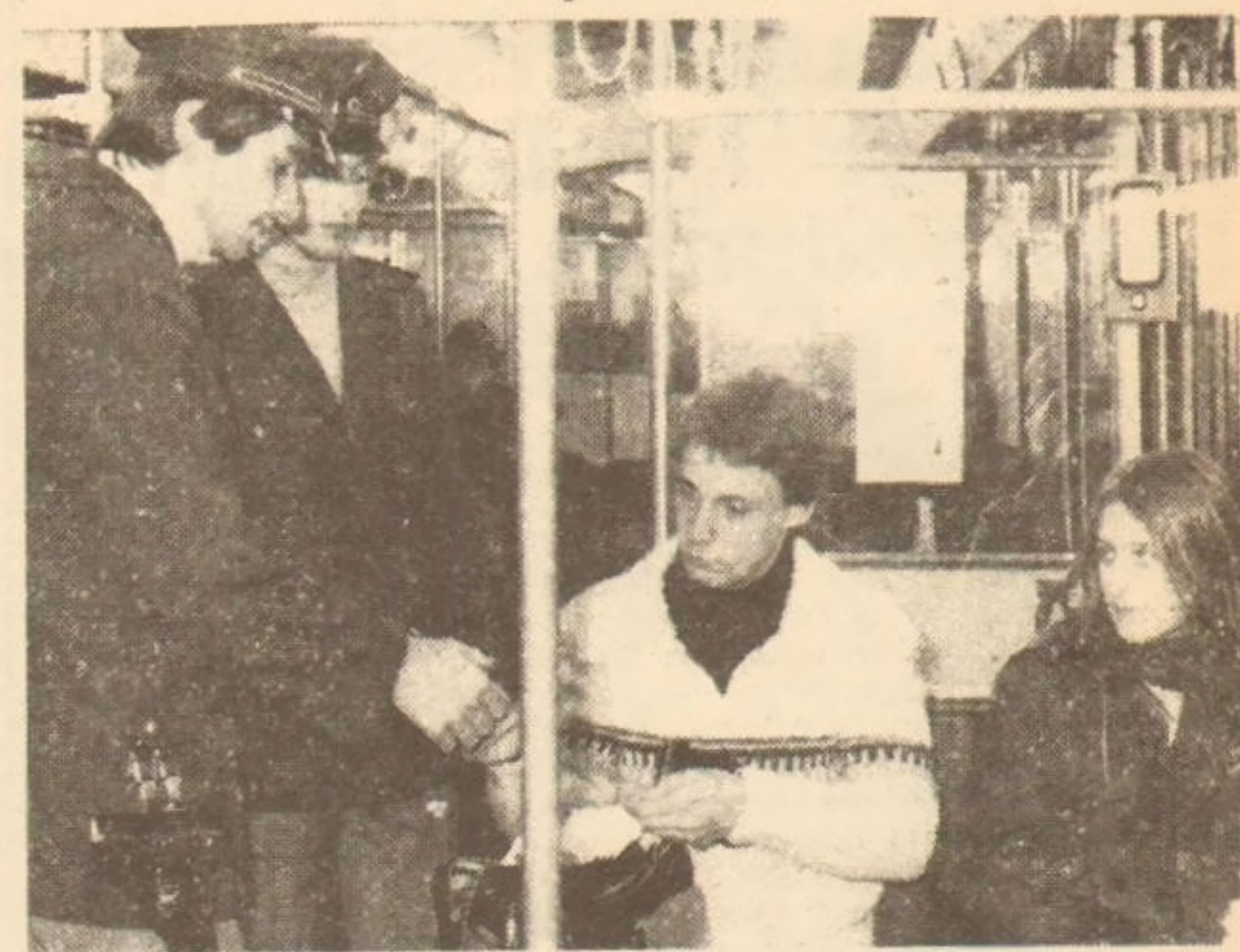
Ab sofort kein Weserwasser mehr ins Bremer Trinkwasser.

Keine Verfolgung der Bremer Wissenschaftler, die die Untersuchung durchgeführt haben.

Einrichtung einer Kontrollkommission, die aus eben diesen Wissenschaftlern besteht, die, unabhängig von Senat und Stadtwerken, ständig das Trinkwasser untersuchen sollen.

Aktion „Tannenbaum"

Volkskorrespondenz aus Köln



Polizisten kontrollieren und durchsuchen Straßenbahnfahrgäste

Stellt euch einmal vor, ihr fahrt abends mit der Bahn noch wohin. Plötzlich steigen an einer Haltestelle Kontrolleure in Begleitung von zwei Polizisten ein. Die „Kopfgeldjäger" beginnen mit ihrer Tätigkeit und die Polizei „schützt" sie dabei. So etwas erlebte man am 1. Dezember, abends, in Kölner Straßenbahnen. Bei dieser Schwerpunktaktion mit dem klingenden Decknamen „Tannenbaum" waren 30 Polizisten nebst -zig Kontrolleuren im Einsatz.

Der Polizei ging es bei dieser Aktion aber nicht etwa nur um Schwarzfahrer. Der „Kölner Stadtanzeiger" schrieb nach dem Einsatz: „Dabei interessierten sich die Polizisten freilich nicht dafür, ob die Fahrgäste bezahlt hatten. Sie schritten, so die Polizei, nur ein, wenn Widerstand gegen die Kontrolleure aufkam oder wenn sie ‚verdächtige Personen' in den Bahnen fanden. Außerdem stellten sie die Personalien von Leuten fest, die sich, offenbar ohne auf eine Bahn zu warten, in U-Bahnhöfen aufhielten."

So waren es 112 Fahrgäste, deren Personalien festgestellt wurden, weil sie entweder schwarzgefahren waren oder sonstwie einen „verdächtigen Eindruck" machten. Von diesen wiederum mußten sich 28 Personen eine Durchsuchung gefallen lassen.

Das ist ein typisches Beispiel vom deutschen Alltag '78. Nicht genug, daß sie in unsere Wohnungen eindringen können bei „Gefahr in Verzug", daß sie uns als Autofahrer zu jeder Tages- und Nachtzeit kontrollieren können, oder daß du dir im Jugendzentrum oder an anderen Treffpunkten die Leute genau angucken mußt, weil es ja die Jugendpolizisten sein könnten — nein, jetzt bespitzeln sie einen schon beim Straßenbahnfahren und beim Aufenthalt in U-Bahnhöfen! Und da soll man nicht von Polizeistaat reden?

Als Flugblattverteiler festgenommen

Volkskorrespondenz aus Hamburg



Riesiges Polizeiaufgebot bei der Anti-Schah-Demonstration in Hamburg

Zusammen mit einem anderen Genossen verteilte ich am letzten Samstag in der Hamburger Innenstadt Flugblätter, auf denen das Verbot der Anti-Schah-Demonstration angeprangert wurde. Plötzlich tauchte eine Eingreifreserve der Polizei von ca. acht bis zehn Mann auf und nahm uns fest. Insgesamt wurden bei dieser Aktion sieben Personen festgenommen, allerdings unter Protest der rings sich ansammelnden Bevölkerung.

Zunächst wurden wir in eine Revierwache gebracht, die gleich um die Ecke lag. Man nahm uns unsere gesamte Habe ab. Taschentücher, Schlüssel, Zigaretten und Feuerzeug. Je zwei von uns werden in eine Einzelzelle gesperrt. Auf die Frage nach dem Grund der Festnahme — wir hatten uns ja an keiner Demonstration beteiligt, die Demonstrationen hatten noch gar nicht angefangen — erhielten wir von den Polizisten nur ausweichende Antworten.

Nach einiger Zeit wurden wir nach Hamburg-Wandsbeck, auf die Polizeidienststelle am Husarendenkmal, gebracht. Wieder wurden wir durchsucht. Diesmal wurden wir auch fotografiert. Anschließend wurden wir in eine kalte, für die Aufnahme von festgenommenen Demonstranten eigens vorbereitete Halle gebracht, die etwa 100 Meter lang und 20 Meter breit war.

Ab 13 Uhr kamen in drei großen Schüben weitere Festgenommene: die Demonstration hatte begonnen. Schließlich waren ca. 70 Festgenommene in der Halle; Demonstranten, aber auch unbeteiligte Passanten. Die Polizisten suchten uns zu schikanieren. Wollte man auf die Toilette, mußte man das erst beantragen; Kontakte zu Rechtsanwälten suchte man zu behindern. Die Stimmung unter den Festgenommenen war aber sehr solidarisch. Wir, die wir zuerst festgenommen worden waren, halfen den später Eingelieferten, sich schneller zurechtzufinden. Wir sprachen unser Verhalten gegenüber den Polizisten ab und stellten eine Liste aller Verhafteten her, um auch nach der Freilassung den Kontakt halten zu können. Wir riefen Parolen und stimmten Lieder an. Ab 18.30 Uhr, als die Demonstrationen vorbei waren, wurden wir nach und nach freigelassen. Die polizeiliche Sicherheitsverwahrung hatte ihren Zweck erfüllt.

Soeben erschienen:

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Der Weg der Partei



Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten

Wissenschaftliche Tagung über Probleme der heutigen Weltentwicklung

Tirana, Oktober 1978

Ramiz Alia
Die Revolution — eine Frage, die zur Lösung ansteht

Fiqret Shehu
Den Kampf gegen alle Strömungen des modernen Revisionismus erweitern und vertiefen

Agim Popa
Die marxistisch-leninistischen Parteien — die führenden Kräfte der revolutionären Bewegung

Sofokli Lazri
Die Außenpolitik der Partei der Arbeit Albaniens und unseres sozialistischen Staates

Horst Dieter Koch
Der DGB und die Politik und Taktik der KPD/ML in der Gewerkschaftsfrage

Sondernummer November 1978

Aus dem Inhalt:

Ramiz Alia: **Die Revolution — eine Frage, die zur Lösung ansteht** • Fiqret Shehu, **Den Kampf gegen alle Strömungen des modernen Revisionismus erweitern und vertiefen** • Agim Popa, **Die marxistisch-leninistischen Parteien — die führenden Kräfte der heutigen revolutionären Bewegung** • Sofokli Lazri, **Die Außenpolitik der PAA und der SVRA** • H.-D. Koch, **Der DGB und die Politik und Taktik der KPD/ML in der Gewerkschaftsfrage**

132 Seiten, 5 DM. Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 30 05 26.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der letzten Woche gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML folgende Spenden bei uns ein:

G. B., Nordenham	15,00
Zelle Bremen-Nord	2.000,00
G. M., Moers	60,00
W. K., Husum	10,00
B. J., Göteborg, Schweden	21,80
U. K., Hamburg	250,00
W. F. und R. O., Singen	800,00
Stadtteilzelle E'hagen, Kiel	360,00
Genossen aus Marburg	124,50
Zelle Thyssen, Hamburg	200,00
Buchladen RM, München	112,00
F. L., Eschweiler	100,00
R. L., Idar-Oberstein	10,00
Krkhs-Zelle St. Georg, Hamburg	1.150,00
R. S., Dortmund	1.000,00
Zelle Alt-Scharnhorst, Dortmund	300,00
Flohmarkt, Zelle Dortmund-Hörde	100,00
Zelle Bremen-Gröpelingen II	430,00
W. H., Würzburg	198,00
Stadtteilzelle Gelsenkirchen	500,00
LBV Ruhrgebiet	1.072,00
P. W., Paderborn	500,00
F. M., Essen	100,00
J. H., Unna	50,00
Zelle Gesundheitswesen, Kiel	1.050,00
Insgesamt	**DM 10.513,30**

Damit gingen bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

DM 80.651,40

an Spenden bei uns ein. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund
Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Nazi-Prozesse

Zeugeneinschüchterung und dreiste Lügen

Während die Bundesregierung nun fast 30 Jahre erfolgreich den Anschein erweckt, als würde in der Bundesrepublik mit den Verbrechen der Nazi-Zeit aufgeräumt, spielt sich in den zur Zeit laufenden Prozessen gegen Nazi-Verbrecher Unglaubliches ab. Es ist so, als säßen nicht die faschistischen Mörder, sondern die Opfer der Nazi-Greuel auf der Anklagebank.

Die „Vernehmung der Zeugen" ist eine Tortur, in denen sich die Zeugen demütigenden seelischen Grausamkeiten ihrer ehemaligen Peiniger und deren — oftmals gleichsinnten — Anwälte unterziehen müssen. Und das mit dem Segen der Bonner Justiz!

Für die wenigen Werktätigen, die die Möglichkeit haben, an diesen Prozessen teilzunehmen, ist es unfaßbar, mit welcher Milde die faschistischen Verbrecher angefaßt werden — trotz der Greuel, die sie auf dem Gewissen haben.

Sie ging nie ohne Reitpeitsche

Und was da an Greueln zutage tritt, ist unvorstellbar. So zum Beispiel im Prozeß gegen den ehemaligen NS-Gebietskommissar von Wladimir-Wolynsk (Ukraine), Wilhelm Westerheide, und seine Sekretärin Johanna Zelle, geborene Altvater, die seit Oktober dieses Jahres in Bielefeld vor Gericht stehen, weil sie für die Ermordung von mehr als 16.000 Menschen verantwortlich sind. Das Ausmaß dieses Mordterrors ist genauso schrecklich wie es die einzelnen Taten der Angeklagten sind.

Von einer Vernichtungsaktion, als die Juden aus ihren Verstecken geholt und, vor ihrer Erschießung, auf einem Platz zusammengetrieben wurden, berichtete der 51jährige Kraftfahrer Mosze Messer aus Haifa (Israel): „Plötzlich sah ich zwischen Gendarmen und ukrainischer Polizei diese Frau in Uniform und mit einer Peitsche in der Hand. Ein Jude kam mit zwei Kindern — eines etwas größer, eines vielleicht zwei Jahre alt. Da trat die Frau auf den Mann zu, nahm ihm den Jungen fort, faßte das Kind mit den Händen an beiden Füßen und schmetterte seinen Kopf gegen eine Mauer. Danach warf sie den Jungen dem Vater zu. Das Kind fiel auf die Erde und rührte sich nicht mehr."

Und diese Frau, bis vor kurzem Angestellte bei der Stadtverwaltung Detmold, kann unbehelligt vom Gericht mit dreisten Märchengeschichten, die sie zu ihrer Entlastung vorbringt, faktisch den Zeugen als Lügner bezichtigen. Und das ist kein Einzelfall. Es ist typisch für die in den verschiedenen NS-Prozessen geübten Prozeßpraktiken. Den Angeklagten wird aufs Wort geglaubt, die Aussagen der Zeugen werden unglaubwürdig gemacht. So können die Angeklagten lügen, was das Zeug hält. Ein anschauliches Beispiel ist der Prozeß in Bochum.

Papst Pius und der Angeklagtenschwund

Von den ursprünglich angeklagten neun faschistischen Mördern, die über 7.000 Menschen getötet haben, sind drei vor dem Prozeß ausgeschieden, drei weitere durften kurz nach Beginn des Prozesses die Anklagebank verlassen. Die letzteren haben nämlich „nachweisen" können, daß sie über erhebliche „Merkschwächen" verfügen. Der Nachweis sah folgendermaßen aus: Der Angeklagte Abraham hatte den ganzen zweiten Weltkrieg einfach „vergessen". Er konnte sich nur noch daran erinnern, daß er sich den Daumen verrenkt habe. Oder der Angeklagte Lambertus: Auf die Frage eines medizinischen „Sachverständigen", welcher bedeutende Kirchenmann kürzlich verstorben sei, antwortete Lambertus mit: „Pius". Berichte über seinen Prozeß will er in der „AOK" gelesen haben. Auf der Heimfahrt nach Duisburg stieg er bereits in Mülheim aus dem Zug. Na, wenn das kein Beweis ist, daß die Herren verhandlungsunfähig sind! Für den vorsitzenden Richter jedenfalls sind das Gründe genug, drei der angeklagten Nazi-Mörder laufenzulassen.

Einem älteren Besucher des Bochumer Prozesses, der auch ständig am Majdanek-Prozeß teilgenommen hat, fiel sofort die Atmosphäre im Gerichtssaal auf: „In Düsseldorf hat der Richter die Angeklagten teilweise wenigstens etwas härter angefaßt. Hier hat man aber den Eindruck, daß der Richter den Angeklagten jeden Moment um den Hals fallen und sie um Entschuldigung bitten möchte."







Oben links: Herrmann Hackmann, der Hauptangeklagte
Oben rechts: Hermine Ryan-Braunsteiner, genannt „die Stute"
Unten links: Hildegard Lächert

Zeugeneinschüchterung und -bestechung

Aber auch im Majdanek-Prozeß ist es grundsätzlich nicht anders. Vor 16 Jahren (!) wurden die Ermittlungen aufgenommen. Seit Januar 1976 läuft jetzt das Verfahren gegen 14 Angeklagte, die von den ursprünglich 1.300 (!) Beschuldigten übriggeblieben sind. In diesem Prozeß geht es um die Ermordung von mindestens 250.000 Menschen; Juden, die nach dem Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943 zur Ausrottung nach Majdanek geschafft worden waren. Trotz dieser ungeheuren Beschuldigung sind alle 14 Angeklagten auf freiem Fuß. Auch die ehemalige KZ-Oberaufseherin Hermine Ryan-Braunsteiner.

Aus den USA, wohin sie geheiratet hatte, nach Westdeutschland ausgeliefert, war sie zunächst in Haft genommen, dann aber freigelassen worden. Nachdem sie eine polnische Zeugin in einer Prozeßpause einzuschüchtern versucht hatte, war sie erneut verhaftet worden, kurze Zeit darauf aber wieder freigelassen worden. Sie war dabei, als die Kinder von ihren Müttern getrennt und wie Mehlsäcke auf Lastwagen geworfen wurden. Während Hermine Braunsteiner und ihre „Kollegin" Hildegard Lächert, die „blutige Brygida", auf die verzweifelt schreienden Mütter eintraten und schlugen, fuhr der LKW mit den zum Teil zweijährigen Kindern — von denen eins seinen Arm in der Ladeklappe eingeklemmt hatte und vor Schmerz schrie — davon, zur Vernichtung.

So grauenhaft die Taten der Angeklagten sind, so empörend ist das Verhalten einiger Verteidiger. Da war zum Beispiel der Mannheimer Anwalt Ludwig Bock. Er lehnte den Gutachter Wolfgang Scheffler wegen Voreingenommenheit ab, weil dieser bei einem jüdischen Wissenschaftler promoviert hatte. Derselbe Anwalt Bock versuchte 1974 Zeugen in Polen mit Geld und Freßpaketen zu bestechen und handelte sich, wie in Polen so auch in Israel, ein Einreiseverbot ein, weil er sich bei israelischen Zeugen als „Doktorand" einzuschleichen und sie zu Falschaussagen zu verleiten versuchte. Der Gipfel der Dreistigkeit: Als die Zeugin Henrica Ostrowska berichtete, wie sie in Majdanek Büchsen mit dem Giftgas Zyklon B zu den Gaskammern schleppen mußte, forderte Bock im Gerichtssaal ihre Verhaftung wegen „Beihilfe zum Mord". Aber nur wegen der Verleitung zu Falschaussagen mußte dieser Anwalt inzwischen zurücktreten.

In nichts steht ihm Anwalt Hanns Mundorf nach. Er stellte den Antrag, daß ein Gutachten über Gerüche von einem Human- und einem Veterinärmediziner zu bestellen sei. Denn woran könne denn sonst festgestellt werden, daß tatsächlich Menschen verbrannt wurden und nicht Tiere! Bekannt ist auch der ehemalige NPD-Landtagskandidat und Anwalt Stolting II. Während der Nazi-Zeit war er Ankläger beim Sondergericht in Bromberg, wo er für Vergehen wie Schwarzschlachten und Fahrraddiebstahl die Todesstrafe gegen Polen verlangte, die dann in seiner Gegenwart vollstreckt wurde. Heute vertritt er die Angeklagte Hermine Böttcher, die der Mordbeihilfe in 200 Fällen beschuldigt wird. Gegenüber dem Fernsehen äußerte er sich zu seinen eigenen Verbrechen: „Ich würde diese Todesurteile unter den damals gegebenen Umständen, wenn die heute wieder so wären, und bei den gleichen Gesetzen ebenso wieder beantragen"!



Polen werden zur Erschießung geführt

Dieser Mensch, der sich offen als willfähriger Handlanger eines jeden reaktionär-faschistischen Regimes zu erkennen gibt, kann in der Bundesrepublik Verteidiger sein! Diese Art von Anwälten tragen das Ihre dazu bei, daß der Majdanek-Prozeß verschleppt wird; in der Hoffnung, daß die angeklagten Bestien freigesprochen werden.

Eine Silbernadel für Herrn Knop

Aber nicht nur solche Anwälte werden zugelassen, die angeklagten Mörder selbst erfahren mitunter sogar Ehrungen. In Köln steht Walter Knop vor Gericht. Er, der in Herford schon vor 1933 als faschistischer Schläger berüchtigt war, hat 1945 bei der Evakuierung eines Lagers 159 KZ-Häftlinge ermordet, zum Teil dadurch, daß er die total erschöpften Menschen von Schäferhunden zerfleischen ließ. Dieser Mensch hat nach dem Kriege wieder bei seiner früheren Firma, der Buchdruckerei Busse in Herford, als Schriftsetzer angefangen und ist dort sogar zum Betriebsratsvorsitzenden aufgestiegen. Seit 1975 laufen die Ermittlungen gegen Knop, aber noch 1977 verlieh ihm die Gewerkschaft Druck und Papier die „silberne Ehrennadel".

Genauso gut wie mit der DruPa stand sich Knop aber auch mit seinem Arbeitgeber, C. W. Busse, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitungen „Westfalenblatt" und „Herforder Kreisblatt" ist. In diesen Zeitungen ist bisher nichts über den Prozeß gegen Knop erschienen.

Der sich oft so „links" gebende „Stern" berichtet zwar über Nazi-Prozesse, aber wie! So konnte man in der Ausgabe vom 2. 11. über die Mörder Westerheide und Zelle folgende gefühlvolle Sätze lesen: „Zwei deutsche Bürger, deren Lebensuhr weit über die Halbzeit hinaus abgelaufen ist und die nach langen, mit Arbeit beladenen Jahren die Hände in den Schoß legen wollten. (...) Dann stehen wir, die Gesellschaft, vor der Frage, ob wir die Betagten wirklich sühnen lassen wollen." Das scheint auch die Einstellung der Gerichte zu sein. Wir aber, die Arbeiterklasse, die überwältigende Mehrheit der anderen werktätigen Schichten und alle Antifaschisten stehen vor der Frage, wie lange wir uns die Verhöhnung durch die Bonner Nazi-Prozesse noch gefallen lassen.

Schlußstrich ziehen?

Wenn man Helmut Schmidt oder Willy Brandt Glauben schenken will, dann „muß jetzt endlich ein Schlußstrich gezogen werden". Denn 30 Jahre Verfolgung von Nazi-Verbrechen seien genug, meinen diese Repräsentanten unseres Staates. Allein die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, was davon zu halten ist: Von insgesamt 84.000 Verdächtigen, gegen die von der Bonner Justiz wegen Nazi-Verbrechen ermittelt worden ist, sind nur 6.425 (7,6 Prozent) tatsächlich verurteilt worden. Aber selbst, wer heute vor ein Gericht der Bundesrepublik gestellt wird, gehört zu einem streng begrenzten Kreis von Mördern, gegen die überwältigende Beweise vorliegen, daß sie selber Hand angelegt haben bei der Liquidierung von Zivilpersonen.

Gar nicht verfolgt aber werden diejenigen, die an den Schalthebeln der barbarischen Vernichtungsmaschine Hitlers saßen, ohne sich selbst die Finger schmutzig gemacht zu haben. Ein Filbinger, der „nur" die Urteile sprach, die andere vollzogen, ist kein Einzelfall. So wies der „Ausschuß für deutsche Einheit" der DDR 1959 nach, daß allein 800 Sonder- und Kriegsrichter des Nazi-Reichs auch unter Adenauer wieder als Richter in Amt und Würden kamen, sehr oft in gleicher oder auch höherer Position, oft sogar am gleichen Gericht wie vor 1945. Ähnliches gilt für höhere Führer der SS und der Gestapo, die nach dem Kriege sofort in höhere Positionen bei der Polizei oder anderen Dienststellen wegen ihrer „bewährten Dienste" übernommen wurden.

Aber noch eine andere Tatsache ist nur wenigen bekannt. Die Greuel der SS-Truppen gegenüber ergriffenen Partisanen, die einen gerechten Kampf zur Befreiung ihrer Heimat von den faschistischen Besatzern führten, wird vor keinem Gericht Westdeutschlands verfolgt, weil sie nicht als „Nazi-Verbrechen" gelten, sondern als „Kriegsverbrechen", und die sind nach Bonner Recht längst verjährt!

Und jetzt wird von vielen Bonner Politikern offen die Werbetrommel für die Verjährung **aller** Nazi-Verbrechen gerührt. Unterstützung finden sie dabei auch bei einem Mann, der sich gerne als Antifaschist gibt. Von Willy Brandt kommt das „Argument": Das Erinnerungsvermögen der Zeugen (!) lasse inzwischen sehr zu wünschen übrig. Richter und Staatsanwälte meinen immer wieder feststellen zu müssen, daß die im Ausland aufgesuchten Zeugen unter der Last der Erinnerung zusammenbrechen und zu keiner „ergiebigen" Aussage mehr fähig seien!

In Wirklichkeit ist es genau andersherum. Wer kann die Nazi-Greuel, die er am eigenen Leib erfahren hat, jemals vergessen? Es ist nicht „die Last der Erinnerung", die manche Zeugen bis zum Zusammenbruch bringt, sondern der psychische Terror faschistischer Anwälte gegen die Zeugen! Das ist auch der Grund, warum sich immer mehr Zeugen weigern, zur Aussage nach Deutschland zu kommen. So sind zum Majdanek-Prozeß nur 30 polnische Zeugen nach Düsseldorf gekommen. 770 weigerten sich und haben dem Gericht lieber eine schriftliche Aussage gemacht!

Als die Nazis nach ihrer Machtergreifung Bücher zu Scheiterhaufen türmten, gingen auch die Werke Heinrich Heines in Flammen auf. Er, revolutionärer Demokrat und Jude dazu, war in besonderer Weise Gegenstand ihres Hasses gegen alles Aufklärerische, Humane und Fortschrittliche in der deutschen Kultur. Heines Vaterstadt Düsseldorf hat vor einigen Jahren einen nach dem großen Sohn der Stadt benannten und mit 30.000 Mark dotierten Preis gestiftet. Diesen Preis konnte diesen Mittwoch ein Mann entgegennehmen, der wie kaum ein zweiter in den letzten Monaten Hitler und sein Mordregime in beklemmender Weise beschönigt und verteidigt hat.

Haffners „Anmerkungen zu Hitler“

Heine-Preis für einen Hitler-Verehrer

Der Mann ist Sebastian Haffner. Einer, dem man es nicht ohne weiteres zutraut, auf den schmutzigen Schaumkronen der Hitler-Welle zu schwimmen. Haffner ist selbst 1938 aus Hitler-Deutschland emigriert. Nach dem Krieg hat er unter anderem für den „Stern“ gearbeitet, eine Reihe von Büchern geschrieben, deren letztes, die „Anmerkungen zu Hitler“, jetzt in Düsseldorf geehrt wurde.

Dieses Buch, seit Monaten ununterbrochen auf dem ersten Platz der „Spiegel“-Bestsellerliste, hat längst seinen Eingang in die Klassenzimmer westdeutscher Schulen gefunden. Von den Kultusministerien wird es der Jugend hingeschoben als Antwort auf die drängenden Fragen, wie es denn damals wirklich war und warum das alles möglich gewesen ist. Die Antwort, die Haffner gibt, ist eine einzige Lüge, im Großen genauso wie in den Einzelheiten, die er darstellt. Zunächst einmal ist Hitler für ihn eine *„Leistungskanone größten Kalibers“*, ein *„hochbegabter Politiker“*.

Hitlers „Wirtschaftswunder“

Da heißt es: *„Unter diesen positiven Leistungen Hitlers muß an erster Stelle, alles andere in den Schatten stellend, sein Wirtschaftswunder genannt werden“* („Anmerkungen...“ S. 37). In den leuchtendsten Farben beschreibt Haffner dieses „Wunder“, durch das die Faschisten Deutschland in eine „Wohlfahrtsinsel“ verwandelt hätten. Und es folgt all das, was man aus dem Munde der Verklärer der Nazi-Diktatur schon so oft gehört hat: Hitler läßt die Autobahnen bauen, Hitler holt die Erwerbslosen von der Straße, Hitler gibt dem Volke Arbeit, Brot und Wohlstand, und so weiter bis zum Erbrechen. *„War das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre wirklich eine Leistung Hitlers? Man wird diese Frage trotz denkbarer Einwände bejahen müssen“* (S. 38).

Hitler, der Allmächtige, kam, und das deutsche Volk erlebte ein Wunder. Natürlich schweigt sich Haffner über die Auftraggeber und Hintermänner Hitlers aus. Nun ist es ja von einem bürgerlichen Historiker sowieso nicht zu erwarten, daß er den faschistischen Diktator als das darstellt, was er war: eine Figur der deutschen Monopolherren in ihrem blutigen Feldzug gegen die Arbeiterklasse und in ihrem Raubkrieg zur Eroberung der Welt. Bei Haffner jedoch tauchen diese Herren überhaupt nicht auf, es gibt sie gar nicht.

So verschweigt er etwa auch die Tatsache, daß schon im Juni 1933 ein „Generalrat der Wirtschaft“ gebildet wurde. Eine Einrichtung, die es in dieser Form in der deutschen Geschichte noch nie gegeben hatte. Damit war neben der Hitlerschen Reichsregierung eine „Wirtschaftsregierung“ entstanden, durch die sich die wahren Herren des Landes die Staatsgeschäfte direkt und unmittelbar unterordneten. Mitglieder im Generalrat waren unter anderem Fritz Thyssen, Leiter des Stahltrusts, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, Besitzer der Krupp AG, Generaldirektor Karl Bosch von den IG Farben (heute BASF, Bayer und Hoechst), Friedrich von Siemens, Siemens Schuckert AG und so weiter. Alles Namen, die man in Haffners Buch vergeblich sucht.

Und wie war es nun um das „Wirtschaftswunder“ bestellt, das die unverholene Bewunderung dieses Hitler-Biographen findet? Natürlich hält sich Haffner, der die Geschichte Deutschlands aus dem Innenleben Adolf Hitlers erklärt, nicht bei wirtschaftlichen Zusammenhängen auf. Die Tatsache etwa, daß bei Hitlers Machtantritt die kapitalistische Krise ihren Tiefpunkt schon überschritten und eine Aufwärtsentwicklung eingesetzt hatte, verschweigt er. Die Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den ersten Jahren der Nazi-Diktatur vor allem auf die hemmungslose Ausweitung der Rüstungsproduktion und auf andere Vorbereitungen für den Weltkrieg zurückzuführen war, leugnet er.

Zu diesen Kriegsvorbereitungen gehörte auch der Bau strategischer Autobahnen, eine von Haffner besonders hervorgehobene „Leistung“ Hitlers. Gewiß, 750.000 Arbeiter fanden im Autobahnbau Lohn. Aber was für einen Lohn! Er lag für sie, die faktisch als Zwangsarbeiter abkommandiert waren, nur um ein Geringes höher, als die Unterstützung, die sie vor 1933 als Arbeitslose bezogen hatten. Überhaupt war der wirtschaftliche Aufschwung der dreißiger Jahre mit einem drastischen Lohnabbau verbunden. Denn die Löhne waren nur nominell stabil. Tatsächlich stiegen von 1933 bis 1937 die Lebenshaltungskosten um 6 Prozent, hinzu kam eine immer drückendere Last von neuen Steuern und Abgaben. So war 1937 ein Wochenlohn von 40 Mark gemessen am Kaufwert von 1933 nur noch 30 Mark wert.

Man könnte noch Hunderte von ähnlichen „Leistungen“ Hitlers aufführen, die Haffner entweder keines Wortes würdigt oder bewußt verfälscht. Etwa die brutale Verschärfung der Ausbeutung schon in den Vorkriegsjahren. So hatte schon 1939 die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden überschritten, im Maschinenbau lag sie sogar bei 51 Stunden. Die Arbeitsleistung stieg in der Vorkriegszeit bei Eisen und Stahl um 44, in der Fahrzeugindustrie um 87 Prozent. Und die andere Seite der Medaille: Die Krupp AG steigerte ihren Rohertrag von 130 Millionen (1933) auf 394 Millionen Mark (1936); der Flick-Konzern in der gleichen Zeit von 22,6 auf 70,9 Millionen.

Ähnlich sah es auch auf dem Land aus. Während die Junker mit Subventionen aus der „Osthilfe“ gemästet wurden und unentgeltlich Zwangsarbeiter aus dem Arbeitsdienst zugewiesen bekamen, wurden die kleinen und mittleren Bauern in noch schärferem Maße ruiniert. 1,5 Millionen Bauern verloren in der Vorkriegszeit ihre Existenzgrundlage. So sah das von Haffner bejubelte „Wirtschaftswunder“ wirklich aus. Es war ein „Wunder“ für die Reichen, aber eines, das sie sich selbst bestellt hatten. Und daß all dies verbunden war mit dem barbarischsten Terror gegen die Arbeiter und die anderen Werktätigen, mit ihrer vollständigen Entrechtung, mit Massenmord und Konzentrationslagern — darüber geht Herr Haffner hinweg.

Natürlich kann er etwa die Existenz der KZs nicht schlichtweg leugnen. Aber er gewinnt auch ihnen noch einen Schein von Gerechtigkeit ab. Denn, so behauptet er, Hitler konnte jeden Kapitalisten, der nicht in seinem Sinn spurte, *„ebenso ins KZ sperren wie jeden Arbeiter, der Lohnerhöhungen verlangte oder gar dafür zu streiken drohte“* (S. 40). Das muß man wahrhaftig zweimal lesen. Aber es ist kein einmaliger Ausrutscher. Der Hitler, der angeblich auch die Kapitalisten einsperrt, dieses Hirngespinst der Phantasie Haffners, ist ein zentraler Bestandteil seines verlogenen Hitler-Bildes.

Hitler, der „Revolutionär“

Denn Hitler, so verkündet Haffner seinen Lesern, war eben gar kein Faschist. *„Nichts ist irreführender, als Hitler einen Faschisten zu nennen. Faschismus ist Oberklassenherrschaft, abgestützt durch künstlich erzeugte Massenbegeisterung. Hitler hat wohl die Massen begeistert, aber nie, um dadurch eine Oberklasse abzustützen“* (S. 77). Er ist *„keineswegs so leicht als extrem rechts im politischen Spektrum einzuordnen“*; die Opposition gegen ihn *„kam von rechts. Von ihr aus gesehen stand Hitler links“*; er war *„näher bei Stalin als bei Mussolini“* (S. 77) usw. usf. Von daher ist es nur noch ein Schritt, den faschistischen Diktator zum Revolutionär zu erklären. Und auch diesen Schritt geht Haffner. Er stellt seinen Helden ausdrücklich in die Reihe der großen Revolutionäre, von Cromwell bis Lenin.

Natürlich kann Haffner für diese ungeheuerliche Verdrehung keine nur irgendwie stichhaltigen Argumente herbeischaffen. Er versucht es auch gar nicht erst. Er ergeht sich in einigen Phrasen darüber, daß es für die Werktätigen sowieso egal wäre, ob sie in einem privaten oder volkseigenen Betrieb am Fließband stünden. Eigentümlich für eine sozialistische Gesellschaft wäre eben nur die Tatsache, daß die Menschen im hohen Grade organisiert sind, von den jungen Pionieren bis zum Frauenverband. Und das sei im Dritten Reich genauso gewesen, mit all den *„unleugbaren Geborgenheits-, Kameradschafts- und Glücksgefühlen, die in solchen Gemeinschaften gedeihen. Hitler war darin unzweifelhaft Sozialist — ein sehr leistungsstarker Sozialist sogar —, daß er die Menschen zu diesem Glück zwang“* (S. 53).

So fügt Haffner das Bild der Hitlerschen Terrordiktatur zu einer Idylle, einer Wohlfahrtsinsel mit Glücksgefühlen, nur beschattet mit dem kleinen Makel, daß die Menschen zu ihrem Glück gezwungen werden mußten. Die Faschisten haben damals die blutige Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen eine „Volksgemeinschaft“ genannt, in der es keine Klassen mehr gäbe und alle die gleichen Rechte und Pflichten hätten. Herr Haffner redet es ihnen nach: *„... was früher ‚klassenlose Gesellschaft‘ geheißen hatte, hieß bei ihm* [Hitler] *‚Volksgemeinschaft‘. Praktisch war es dasselbe.“*

„Neuordnung Europas“

Und Haffner geht noch weiter. Er stellt Hitler nicht nur hin als den Beglücker des deutschen Volkes, sondern auch als den Einiger Europas. *„War Europa nicht wirklich, wenn es diese Weltstellung wahren wollte, auf Einigung angewiesen? Konnte diese Einigung ohne gewaltsame Nachhilfe zustande gebracht werden, und erforderte sie nicht wenigstens im Anfangsstadium die Vorherrschaft seiner stärksten Macht? Und war diese stärkste Macht nicht etwa Deutschland? Jedenfalls waren es nicht nur die Deutschen — zwei Generationen von ihnen —, die auf solche Fragen mit Ja antworteten. Was sich 1938 und 1940 zeigte, war, daß auch viele nichtdeutsche Europäer, wenn auch vielleicht mit Vorbehalten, ein zögerndes ‚Ja‘ bereithielten. Und was sich nach 1945 herausgestellt hat, ist, daß sie damit möglicherweise nicht einmal ganz unrecht hatten.“* Und später heißt es: *„Der Test des zweiten Weltkriegs hat erwiesen, daß das Europa des zwanzigsten Jahrhunderts nur noch die Wahl zwischen deutscher und amerikanisch-russischer Vorherrschaft hatte.“* Wobei eine *„deutsche Vorherrschaft Europa geeinigt* [hätte], *eine amerikanisch-russische mußte es zwangsläufig spalten“* (S. 131/132).

So zynisch und offen zugleich hat wohl in den letzten Jahren kaum jemand das Vorherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus in Europa gerechtfertigt. Für Haffner gibt es kein Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf ein eigenes Leben. Er stellt nicht einmal die Frage nach der Unabhängigkeit, nach der Ablehnung eines fremden Jochs. Für ihn existiert nur noch die Frage danach, wem sich Europa unterordnen soll. Und die Antwort fällt natürlich für den deutschen Imperialismus aus. Bemerkenswert dabei ist, daß Haffner hier ja nicht nur über die Hitler-Diktatur spricht, deren faschistische „Neuordnung Europas“ er so unglaublich dreist verteidigt. Seine Ausführungen sind natürlich gleichzeitig — wenn auch unausgesprochen — eine Rechtfertigung der Versuche des heutigen Bonner Staates, Europa unter seine Kontrolle zu zwingen.

Verteidigung des Raubkrieges

So zynisch, wie Haffner das Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus verteidigt, so zynisch bekennt er sich auch zu allen Mitteln, die für dieses Ziel in Gang gesetzt werden. Wirklich zu allen, auch zum Massenmorden, zum imperialistischen Raubkrieg. So unglaublich es klingen mag, bei der Beschreibung der Karriere seines Helden Hitler weigert sich Haffner ausdrücklich, ihn zumindest als Kriegsbrandstifter in die Kategorie der Verbrecher einzuordnen. Er widmet lange Seiten seines Buches der Hetze gegen den Nürnberger Prozeß, auf dem ja auf Betreiben der Sowjetunion eine Reihe von Monopolherren und Nazi-Führer als Kriegsverbrecher angeklagt wurden. Er nennt diesen Prozeß *„eine unglückliche Veranstaltung, an die sich heute niemand mehr gern erinnert“*, wo *„in Wirklichkeit die Angeklagten dafür verurteilt wurden, daß sie einen Krieg verloren hatten“* (S. 158). Denn der Krieg, auch der „Angriffs- und Eroberungskrieg“ — wie Haffner ausdrücklich erklärt — ist für ihn kein Verbrechen. *„Das Unangenehme, aber Unvermeidliche zum Verbrechen zu erklären, hilft nicht weiter. Ebenso wie den Krieg könnte man den Stuhlgang zum Verbrechen erklären“* (S. 160).

Es verschlägt einem wahrlich die Sprache, wenn man eine solche unverholene Rechtfertigung des Massenmordens liest.



DER SINN DES HITLERGRUSSES

Fotomontage von John Heartfield

Aber sie ist eben nur ein notwendiger Bestandteil der imperialistischen Logik Haffners. Hatte er vorher schon gesagt, daß zur Einigung Europas Gewalt angewandt werden müßte, so kommt er jetzt zu der Schlußfolgerung: *„Wie wir eben sahen, wäre nämlich das einzige Mittel, um den Krieg als Einrichtung abzuschaffen, der Weltstaat, und zum Weltstaat gibt es wahrscheinlich keinen anderen Weg als den erfolgreichen Welteroberungskrieg. Die geschichtliche Erfahrung zeigt uns jedenfalls keinen anderen“* (S. 162).

Diesen Weg des Welteroberungskrieges ist der deutsche Faschismus gegangen. Selbst das war nach Haffner noch ein positiver Schritt. Es gibt überhaupt nur einen einzigen Punkt, wo selbst er nicht umhin kann, Hitler als Verbrecher zu bezeichnen. Das ist die massenweise Vernichtung der Juden. Alles andere, von der Geiselerschießung bis zum Ausradieren ganzer Städte durch die Nazi-Bomber zählt Haffner auf die Seite der ganz „normalen“ Begleitumstände, die ein Krieg nun einmal mit sich bringt. Und selbst der millionenfache Mord an den jüdischen Menschen war für Haffner nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine beklagenswerte Störung des „Welteroberungskrieges“. Man muß das einmal gelesen haben, wie er darüber jammert, um zu ermessen, welch ein durch und durch reaktionärer und menschenverachtender Geist hinter diesen „Anmerkungen zu Hitler“ steckt.

Die Massenvernichtung, heißt es da, *„behinderte die Kriegsführung, denn die Tausende von kriegstüchtigen SS-Leuten, die jahrelang damit beschäftigt waren — alles in allem das Äquivalent mehrerer Divisionen — fehlten an der Front, und die täglichen Massentransporte quer durch ganz Europa in die Vernichtungslager raubten der kämpfenden Truppe einen erheblichen Teil des knappen rollenden Materials, das sie dringend für den Nachschub brauchten.“*

Wegbereiter einer neuen faschistischen Diktatur

Sebastian Haffner ist kein Neonazi vom Schlage eines Roeder oder Christophersen. Seine „Anmerkungen zu Hitler“ sind nicht zu vergleichen mit den Blättchen dieser Leute, in denen wieder und wieder gegen die „Auschwitzlüge“ gegeifert wird. Haffner und sein Buch sind viel gefährlicher als sie. Er ist einer mit dem Ruf eines „seriösen“ Publizisten. Er ist einer, der sich nicht von vornherein als Parteigänger Hitlers zu erkennen gibt, sondern scheinbar objektiv an den Gegenstand seines Buches herangeht und vorgibt, das Positive und das Negative, die „Leistungen“ und die „Verbrechen“ sorgsam gegeneinander abzuwägen.

Tatsächlich jedoch reduziert Haffner die Verbrechen Hitlers, die Verbrechen des deutschen Faschismus ausschließlich auf die Judenvernichtung. Alles andere, von der „Volksgemeinschaft“ bis hin zur „Neuordnung Europas“ wird von ihm verklärt und verherrlicht. Wobei er sich solcher infamer Methoden bedient wie des völligen Vertuschens aller realen gesellschaftlichen Zusammenhänge, einer planmäßigen Begriffsverwirrung, die Hitler als „Revolutionär“ erscheinen lassen soll usw. Haffner sagt in seinem Buch, daß heute ein Hitler nicht denkbar wäre. Das ist richtig. Denkbar jedoch ist eine neue faschistische Diktatur. Die Monopolbourgeoisie wird, wenn sie ihre Macht bedroht sieht, nicht zögern, ihre Herrschaft über die arbeitenden Menschen ein zweites Mal in der Form der blutigen terroristischen Diktatur zu errichten.

Und Haffner ist mit seinem Buch ein ideologischer Wegbereiter einer solchen Diktatur. Seine „Anmerkungen zu Hitler“ sind im Grunde ein hundsgemeines Propagandastück für einen Faschismus ohne Hitler, für einen Faschismus ohne Judenvernichtung. Daß ein Mann ein solches Buch schreibt und einen Verlag dafür findet, ist schon allein eine unglaubliche Provokation. Gefährlich aber ist die Tatsache, daß diesem Buch durch einen beispiellosen Propagandarummel einschließlich der Verleihung des Heine-Preises eine gewaltige Verbreitung verschafft wird. Gefährlich ist die Tatsache, daß dieses Buch zum Lehrinhalt an Schulen gemacht wird, oder daß ihm das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ eine lange positive Besprechung gewidmet hat.

Haffners Buch ist nur Teil der gegenwärtig betriebenen Rehabilitierung des deutschen Faschismus. In seiner infamen Methode, seiner Skrupellosigkeit stellt es zugleich einen Höhepunkt in der Hitler-Welle dar. Für alle Antifaschisten ist es eine Notwendigkeit, gegen dieses Machwerk und seine Verbreitung vor allem unter der Jugend aufzutreten und den Lügen des Herrn Haffner die Wahrheit über den Faschismus entgegenzustellen.



Auf dem Universitätsgelände von Teheran reißen oppositionelle Studenten ein Schah Denkmal vom Sockel

Volkserhebung im Iran

Vor entscheidenden Wochen

„Zusammenrottungen von mehr als drei Personen sind verboten." Als Strafe bei Zuwiderhandlung droht die sofortige Erschießung. So hat es die faschistische Militärregierung des Schahs verfügt. Aber trotzdem sind in den vergangenen Tagen wieder Hunderttausende auf die Straße gegangen, um unter Parolen wie „Tod dem Schah!" gegen das Mordregime zu demonstrieren.

Die neue machtvolle Welle der iranischen Volkserhebung setzte am vorletzten Freitag ein. Allein in Teheran beteiligte sich an diesem Tag eine halbe Million Menschen an Demonstrationen und Kundgebungen. Am Sonntag um 21 Uhr, zu Beginn der Sperrstunde, die über die großen Städte des Landes verhängt ist, gingen wieder in den Stadtvierteln Teherans die Werktätigen auf die Straße. Mit beispiellosem Terror versuchten die Truppen des Schahs diesen Aufmarsch zu zerschlagen. Sie nahmen die Demonstranten nicht nur mit ihren Maschinengewehren unter Feuer. Sie setzten auch Granaten und Panzerkanonen ein. Über tausend Menschen fielen diesem Mordterror der faschistischen Truppen zum Opfer.

Zur gleichen Zeit bekräftigten die Herren in Washington noch einmal, daß sie nach wie vor „alle Schritte, die der Schah Reza Pahlewi zur Beruhigung der Situation unternommen hat", billigen. Und mehr noch: Ein Sprecher der Carter-Regierung gab zu, daß Washington dem iranischen Regime „Material für den Einsatz gegen oppositionelle Demonstranten zur Verfügung gestellt" hat. Welcher Art dieses Material ist, darüber schwieg man sich aus. Aber zu vertuschen gibt es da nichts mehr. Denn der Schah hat ja dieses Material wieder einmal gegen unbewaffnete Menschen eingesetzt. Die Kugeln, die Granaten, von denen in der vergangenen Woche wieder Tausende Männer, Frauen und Kinder zerschossen und zerfetzt wurden — Geschenke vom Menschenrechtsprediger Carter. Und wer befehligt die schwerbewaffneten Mordbanden des Schah-Regimes? Es sind die über 30.000 Militärexperten des Pentagon, Experten in Sachen Massenmord.

Trotz des gnadenlosen Terrors der Schah-Diktatur und ihrer amerikanischen Hintermänner konnte die Welle des Volksaufruhrs nicht gebrochen werden. Nahezu alle Teile des Landes sind von ihr erfaßt. Und in den letzten Tagen mußte die Militärregierung auch zugeben, daß der Streik in den Erdölraffinerien, dessen Abbruch sie erst vor einiger Zeit verkündet hatte, nach wie vor ungebrochen ist. So betrug in der vergangenen Woche die Tagesförderung nur 3,2 Barrel Öl gegenüber sechs Millionen vor Beginn der Volkserhebung. Gestreikt wurde auch in anderen Bereichen, so etwa bei den Teheraner Banken, wo das faschistische Militär das Feuer auf die Streikenden eröffnete. In Teheran war es auch, wo die Antifaschisten in einer gerechten Aktion zurückschlugen. Sie jagten eine Polizeistation in die Luft, wobei drei Schergen des Schahs den verdienten Tod fanden.

Der Terror, mit dem die Militärregierung auf das neuerliche Aufflammen der Kämpfe reagierte, kann ihre Unsicherheit und Schwäche nicht verbergen. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß ein Verbot aller Umzüge während des jetzt beginnenden islamischen Trauermonats Moharram am Wochenende wieder aufgehoben wurde. Den faschistischen Machthabern ist es genauso klar wie den iranischen Werktätigen, daß sich aus den Trauerprozessionen des Moharram heraus wieder machtvolle politische Massendemonstrationen gegen das faschistische Regime entwickeln werden.

Die ausländischen Imperialisten haben für die zu erwartende Verschärfung der Kämpfe in den nächsten Wochen schon vorgesorgt. Sie ziehen jetzt große Teile ihres Personals aus dem Iran ab. Die Lufthansa und andere Fluggesellschaften haben schon Sonderflüge eingerichtet. Die israelische El Al hat ebenfalls einige Jumbos nach Teheran gesandt. Aber mit denen werden nicht nur israelische „Experten" zurück in die Heimat gebracht. In der Hauptsache transportieren sie iranische Kapitalisten und Angehörige des Schah-Regimes, denen der Boden unter den Füßen zu heiß geworden ist.

„Freundschaftsvertrag" Sowjetunion-Afghanistan

Noch fester im Würgegriff Moskaus

Am vergangenen Dienstag unterzeichneten in Moskau Breschnew und der afghanische Regierungschef Taraki einen „Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit". In einer Rede dazu erklärte der Kremlboß, daß seit der „Revolution" vom April dieses Jahres in Afghanistan die „Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten einen qualitativ neuen Charakter annehmen".

Dieser neue Charakter der Beziehungen, den Breschnew rühmt, besteht aber in nichts anderem als in der schrankenlosen Ausplünderung des Landes durch die Moskauer Sozialimperialisten. Schon vor dem Militärputsch vom April — den die Kremlherren und ihre afghanischen Gefolgsleute in eine „Revolution" umfälschen — hatte Moskau seine Klauen tief in das südliche Nachbarland geschlagen. 1975 war Afghanistan schon mit umgerechnet über 1,7 Milliarden Mark beim Kreml verschuldet. 10 Prozent aller Exporte gingen allein für die Schuldentilgung gegenüber der Sowjetunion drauf. Die Sozialimperialisten plünderten die Reichtümer des Landes, wie Baumwolle oder Erdgas, aus. Eine Zahl aus dem Jahr 1975 macht deutlich, welche Profite sie dabei herausschlugen: 16,8 Dollar zahlten sie für 1.000 Kubikmeter Erdgas an Afghanistan. 38,5 Dollar ließen sie sich für die gleiche Menge von Polen bezahlen, das sein Erdgas aus der Sowjetunion bezieht.

Mit ihren Militärberatern unterstützen die Moskauer Herren das damalige faschistische Daud-Regime. Daß dieses Regime mit brutalem Terror die Volksmassen unterdrückte, störte die Breschnew und Co. herzlich wenig. Sie wurden allerdings von hektischer Unruhe ergriffen, als Daud begann, mit der amerikanischen Supermacht zu liebäugeln, und als er die Erdgaslieferungen herabsetzte. So wurde unter dem Kommando der russischen Militärberater der Putsch vom April in Szene gesetzt, der revisionistische Parteichef Taraki an die Macht gehievt und das ganze zur „Revolution" erklärt.

„Wir werden den Feinden der Revolution keine Luft zum Atmen lassen", tönte Taraki. „Wir werden wie Dampfwalzen über ihre Knochen rollen." Und das war keine leere Drohung. Heute ist Afghanistan von einer Welle des Terrors gegen die werktätige Bevölkerung erfaßt. Die russischen MIG-Maschinen fliegen Bombenangriffe gegen afghanische Dörfer, genauso wie sie es gegenwärtig auch in Eritrea machen. Revolutionäre und andere fortschrittliche Werktätige werden ermordet oder in den Gefängnissen grausam gefoltert. Mit diesem Terror wollen die russischen Sozialimperialisten ihre Herrschaft über das Land festigen. Und mit dem Vertrag, der jetzt in Moskau geschlossen wurde, hat die Taraki-Clique das Land noch weiter in die Hände der Kremlherren gegeben.

Aber das afghanische Volk wird sich nicht in die Knie zwingen lassen. Es hat eine lange Tradition des Kampfes gegen seine Unterdrücker. Für die Stärke des Widerstandes, der dem sozialfaschistischen Regime entgegenschlägt, ist bezeichnend, daß sich die neue Regierung in ihrem Palast hinter Panzern verschanzen muß und daß bis heute über der Hauptstadt eine nächtliche Ausgangssperre verhängt ist.

Demonstration der Generalunion Afghanischer Studenten

Am 16.2. um 14 Uhr führt die GUAfS eine Demonstration in Köln durch unter der Parole „Freiheit für die patriotischen politischen Gefangenen in Afghanistan". Eine ähnliche Demonstration der GUAfS war am vorletzten Wochenende in Frankfurt von den Behörden verboten worden.

Bei Redaktionsschluß standen der Ort für den Abmarsch der Demonstration, die zur afghanischen Botschaft führen soll, noch nicht fest. Er kann im Buchladen „Roter Morgen", Köln (Tel.: 0221/854124) erfragt werden.

Spanien: Geringe Wahlbeteiligung beim Verfassungsreferendum

„Erhebliche Besorgnis" bekundeten Politiker des spanischen Regimes angesichts der Tatsache, daß sich nur 67,66 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung über die Verfassung beteiligten. (Davon stimmten rund 88 Prozent mit Ja, 8 Prozent mit Nein, der Rest der Stimmen war ungültig.) Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung in den baskischen Provinzen. In Vizcaya zum Beispiel lag sie bei nur 44 Prozent, wovon 21,6 Prozent Neinstimmen waren.

Die KP Spaniens/ML und andere revolutionäre und republikanische Organisationen hatten zur Ablehnung der Verfassung, mit der das monarchistische Regime legalisiert werden soll, aufgerufen.

Griechenland Streikwelle

Für höhere Löhne und eine Verbesserung der Sozialversicherung sind in verschiedenen Bereichen die Werktätigen in den Streik getreten. Darunter die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Elektrizitätsgesellschaft DEI und die städtischen Angestellten in der Hauptstadt Athen.

Niederlande: Nazimörder Menten freigelassen

Eine Welle der Empörung hat ein unglaublicher Beschluß des Berufungsgerichts in Den Haag ausgelöst: der Multimillionär und ehemalige SS-Mann Pieter Menten ist auf freien Fuß gesetzt worden. Menten war in erster Instanz zu 15 Jahren Haft wegen Ermordung jüdischer Menschen in der von Faschisten besetzten Ukraine verurteilt worden.

Das Berufungsgericht hob jetzt dieses Urteil auf und stellte das Verfahren gegen den Massenmörder ein. Die Begründung dafür ist genauso skandalös wie die Tatsache der Freilassung Mentens selbst. Der ehemalige SS-Mann machte nämlich vor Gericht geltend, daß ihm 1952 der damalige niederländische Justizminister Donker Straffreiheit im Gegenzug dafür, daß er — Menten — sich verpflichte, nichts über die ihm bekannte Zusammenarbeit von „hochgestellten Persönlichkeiten" des niederländischen Staates mit den damaligen Nazi-Besatzern zu sagen, zugesichert hätte. Wie zu hören war, sollen unter anderem auf Initiative der damaligen niederländischen Exilregierung kommunistische Widerstandskämpfer liquidiert oder an die Gestapo verraten worden sein.

Das schmutzige Geschäft zwischen Menten und Donker wurde vom Berufungsgericht anerkannt und zur Grundlage für die Einstellung des Verfahrens gemacht. Damit ist deutlich geworden, daß mit dem Freispruch Mentens nicht zuletzt die „hochgestellten Persönlichkeiten" vor der Enttarnung geschützt werden sollen.

Das dürfte jedoch ein vergeblicher Versuch gewesen sein. Denn gerade nach dem Menten-Urteil ist die Forderung nach der vollständigen Aufklärung über alle Einzelheiten des Menten-Donker-Komplotts unüberhörbar geworden.

Schweiz: Bundespolizeitruppe abgelehnt

In der Schweiz wurde bei einer Volksabstimmung die Aufstellung einer unter Bundesbefehl stehenden „Anti-Terror-Polizeitruppe" abgelehnt. Diese Truppe sollte 1.000 Mann umfassen und offenbar nach Bonner Vorbildern aufgebaut werden. 56 Prozent sprachen sich bei der Volksabstimmung gegen die Truppe aus, im Kanton Jura waren es sogar 84 Prozent.

Namibia: Terrorwahlen

In der letzten Woche wurden in dem von den südafrikanischen Rassisten besetzten Namibia Terrorwahlen durchgezogen. Zur Wahl standen ausschließlich reaktionäre und rassistische Parteien, darunter die DTA, die von der CSU mit Millionenbeträgen unterstützt wird. Die namibischen Patrioten hatten es abgelehnt, sich an der Farce einer Wahl zu beteiligen, die unter den Bajonetten der Besatzer durchgezogen wird.

Auf die schwarze Bevölkerung wurde massiver Druck ausgeübt, um sie an die Wahlurnen zu bringen. So verluden etwa weiße Farmer ihre schwarzen Arbeiter auf Lastwagen und fuhren sie zu den Wahllokalen, wo sie zur Stimmabgabe gezwungen wurden. Die namibischen Patrioten haben letzte Woche ihren Willen bekräftigt, den bewaffneten Kampf bis zur Befreiung ihrer Heimat fortzusetzen.

Berichtigungen

Khomeiny

Im „Roten Morgen" wie auch in einem von unserer Partei herausgegebenen zentralen Flugblatt ist der religiöse iranische Führer Khomeiny, der im Exil in Frankreich lebt, als Reaktionär bezeichnet worden. Genossen der Arbeiter- und Bauernpartei des Irans wiesen uns darauf hin, daß eine solche Einschätzung nicht richtig ist. Khomeiny ist ein Gegner des faschistischen Schah-Regimes und unter den gegenwärtigen Bedingungen ein zeitweiliger Verbündeter des Volkes in seinem Kampf für den Sturz der Diktatur.

Türken und Kurden

In dem Artikel „Klassengewerkschaft und Bauernkomitee" (RM 48/78) ist uns ein Setzfehler unterlaufen. In der vierten Spalte unten heißt es: „In der Region von Tunceli (Dersim) im türkischen Teil der Türkei ..." Richtig muß es heißen: im kurdischen Teil der Türkei. An anderer Stelle ist von türkischen Marxisten-Leninisten, türkischen Werktätigen usw. die Rede. Solche Formulierungen sind nicht korrekt. Denn in der Türkei leben das türkische, das kurdische Volk und nationale Minderheiten. Die richtige Formulierung muß also lauten: die Werktätigen der Türkei usw.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Am 24. Oktober wurde auf einer englischen Landstraße eine Dogge erschossen. Der Besitzer der Dogge hingegen entging knapp dem Tod, da der auf ihn gerichtete Revolver just klemmte. Der verhinderte Mörder floh. Es war Nacht; das Geschehen spielte sich in dem geheimnisumwitterten Exmoor ab, einer südwestenglischen Hochmoorlandschaft, die die Kulisse schon zu mehr als nur einer Kriminalgeschichte abgegeben hat. — Was jedoch an diesem 24. Oktober geschah, war kein gewöhnlicher Kriminalfall. Es war nur der gewalttätige Höhepunkt einer Affäre, in die inzwischen eine stattliche Anzahl der honorigen Einrichtungen und Politiker Britanniens verwickelt ist.


Der eine stiftete zum Mord an, der nächste deckte ihn, der dritte wußte von allem und bot dem Anstifter einen Ministerposten an: Parteiführer Thorpe, Wilson, Heath.

Der Fall Thorpe / England

Mordkomplott in besten Kreisen

Der verhinderte Mörder, ein Abenteurer namens Newton, war gedungen. Sein Auftraggeber war der Spielautomatenbesitzer Deakin. Deakin wiederum gehörte zu einem Komplott, das vornehmlich aus drei erlauchten Abgeordneten des britischen Unterhauses bestand. Haupt und Inspirator dieses Kreises war Jeremy Thorpe, Abgeordneter seit 1959, Vorsitzender der Liberalen Partei von 1967 bis 1976, Mitglied des Kronrats und Stiefvater dreier junger Edelleute, die an 21., 22. und 23. Stelle der britischen Thronfolge stehen.

Während Thorpe den Killer Newton nur über Mittelsmänner dirigierte, war seine Beziehung zu dem ausersehenen Opfer — einem gewissen Norman Scott — direkterer Natur gewesen, nämlich homosexuell. Die Folgen dieser Beziehung — sie hatte von 1961 bis 1964 gedauert — bedrohten in den sechziger und siebziger Jahren zunehmend Thorpes hochfliegende politische Karriere: Scott plauderte. In Thorpe wiederum reiften und verdichteten sich die Pläne, den lästigen Zeugen zu beseitigen. „Es wäre nicht schlimmer, als einen Hund umzubringen", bekannte der Parteichef gegenüber einem der Mitverschwörer.

Die Thorpes Karriere drohende Gefahr hatte jedoch nicht nur für Thorpe Bedeutung. Sie gewann — immer hinter vorgehaltener Hand — an öffentlichem Interesse. Und so traten in den Dienst der Abwehr des lästigen Zeugen nicht nur die engsten Freunde Thorpes und der schließlich gedungene Mörder. In diesen Dienst traten auch die ehrwürdigen Institutionen und parlamentarischen Hauptakteure des britischen Staates.

Scottland Yard zum Beispiel wußte schon im Jahre 1962 über Thorpes Verhältnis zu dem zunächst noch minderjährigen Scott. Homosexuelle Handlungen — insbesondere begangen an Minderjährigen — wurden damals schwer bestraft. Für den Parlamentarier Thorpe jedoch galt das nicht. Auf höhere Weisung hin wurde der Fall nicht weiter verfolgt.

1965 erfuhr der Innenminister der Labour-Regierung, Sir Frank Soskice, von Thorpes Schwierigkeiten. Sein Rat war nur, „den Scott hart anzufassen", damit er endlich schweigen würde. „Get rid of him quick! — Werdet ihn schnell los!"

Der Sozialminister David Ennals verwickelte sich 1969 in den Fall. Von dem Mittelsmann Thorpes angesprochen, verzichtete er nun elf Jahre lang auf Scotts Beiträge zur Sozialversicherung, „um Verfehlungen eines Parlamentskollegen zu decken". Thorpe hatte in der Zeit der Liebe Scott regelrecht angestellt. Als Scott jedoch „entlassen" wurde, rückte Thorpe Scotts Sozialversicherungskarte, die ja ein bedenkliches Beweisstück war, nicht heraus. Für Scott war die Karte lebensnotwendig: ohne sie konnte er weder arbeiten noch Arbeitslosenunterstützung beziehen. Daß Scott sich überhaupt an die Öffentlichkeit wandte, ist zu einem guten Teil seiner prekären Situation infolge der Einbehaltung der Karte zu danken.

Thorpes Parteifreunde, die Liberalen, erfuhren spätestens im Jahre 1971 von den Eskapaden ihres Vorsitzenden. Unter Beteiligung des heutigen Vorsitzenden Steel starteten sie eine parteiinterne Untersuchung, die alsbald im Sande verlief. An der Untersuchung nahm auch der — mittlerweile zum Inspektor beförderte — Scottland-Yard-Beamte teil, der schon 1962 mitgeholfen hatte, den Fall zu vertuschen.

Neben den Liberalen und der Labour-Partei Soskices sind die Konservativen die dritte parlamentarische Kraft Britanniens. Die Konservativen nun reihten sich 1974 in den Kreis der Helfer Thorpes ein. Während des gerade auf Hochtouren laufenden Wahlkampfes erfuhr der Parteipräsident Lord Carrington von der Affäre. Carrington beschloß, die brühwarmen Informationen im Wahlkampf nicht zu verwenden. Er unterrichtete jedoch umgehend seinen Parteifreund und amtierenden Premier Heath. Heath blieb unbeeindruckt. Nach gehaltenen Wahlen lud er Thorpe zu Koalitionsverhandlungen ein, in deren Verlauf den Liberalen ein Ministeramt mit Kabinettsrang und mehrere Staatssekretärsposten angeboten wurden.

Heath wurde in seinem Amt von dem Labour-Mann Wilson abgelöst, und Wilson verfolgte im Jahr 1976 mit einem für einen Premier ganz ungewöhnlichen Interesse einen Prozeß, bei dem es um die Tötung einer Dogge und um „Waffenmißbrauch" ging. Der Angeklagte Newton jedoch hatte zu diesem Zeitpunkt noch keine Aussage über seine Hintermänner gemacht.

Im Mai 1976 wurde Wilson — eben zurückgetreten — nun selbst in der Sache Thorpe aktiv. Er setzte — wohl in Gegensteuerung zu nun auch in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Informationen über Thorpes Vergangenheit — zwei Journalisten auf eine falsche Spur. Die Journalisten sollten untersuchen, ob nicht der südafrikanische Geheimdienst hinter der Affäre stecke und das parlamentarische System im allgemeinen und „Labour", aber auch Jeremy Thorpe im besonderen durch eine konzentrierte Schmutzkampagne ruinieren wolle.

Als nun die Recherchen der beiden Journalisten zwar keine Hinweise auf den südafrikanischen Geheimdienst, dafür aber die finsteren Verwicklungen Thorpes ans Licht brachten, schritt nun schließlich die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC ein, in deren Auftrag die beiden arbeiteten. Wenn sie ihr Material nicht der BBC übergäben, hieß es, müßten sie ihre Arbeit für die Anstalt aufgeben. Die Journalisten entschlossen sich für das letztere, und so kam die Geschichte endlich zutage.

Die Affäre Thorpe ist ein Lehrstück in Sachen Parlamentarismus. Da plustern sich die Herren Abgeordneten und Parteiführer in ihren maßgeschneiderten Fräcken auf, liefern sich Rededuelle und beschwören wechselweise die „ewigen Werte", die „Prinzipien", die „Freiheit", das „Recht" und die „Ordnung". Hinter der Fassade aber sieht es anders aus. Da haben die moralischen und sonstigen Grundsätze keine Geltung mehr. Und da sind sich die Herren auch nicht zu schade, ihre gepflegten Hände schützend auch über ein aus kleinlichster, niedrigster Ehr- und Karrieresucht eingefädeltes Mordkomplott zu halten.

Gegen Jeremy Thorpe und seine Kumpane wird gegenwärtig eine Voruntersuchung durchgeführt. Dabei soll entschieden werden, ob überhaupt Anklage erhoben wird. Was diese Voruntersuchung noch alles an allerhöchsten Verbindungen und Verstrickungen zutage fördern wird, ist noch nicht abzusehen. Eines jedoch ist sicher: Wenn die Voruntersuchung abgeschlossen ist, wird Thorpe seinen Hut aufsetzen und zurückgehen ins Unterhaus. Denn Abgeordneter ist er noch immer.

Abgeblitzt

Der prozeßfreudige Franz Josef Strauß hat einen Prozeß verloren, den er gegen einen Essener Studenten führte. Strauß hatte sich von dem Studenten beleidigt gefühlt, weil dieser in einem Zeitungsartikel Strauß' Namen anstelle des Doppel-S mit einem Zeichen geschrieben hatte, in dem Strauß eine SS-Rune sah. Der Student jedoch erklärte: „Dieses Zeichen war kein SS-Emblem, sondern das Zeichen für einen Blitz, wie es auch als Warnung vor


SS-Rune und Hochspannungs-„Blitz"

Hochspannungen benützt wird. Ich wollte damit bezüglich Strauß zum Ausdruck bringen: Vorsicht, Hochspannung, Lebensgefahr!" — Diese Einlassung des Studenten konnte das Gericht nicht widerlegen.

Es wäre ja auch völlig abwegig gewesen, Strauß mit SS, Nationalsozialismus, Faschismus und dergleichen irgendwie in Verbindung bringen zu wollen!

Aufgespießt

Ehewünsche

...unter 4025 an: Institu. Koch, Lange Str. 9, 4600 Dortmund 1.

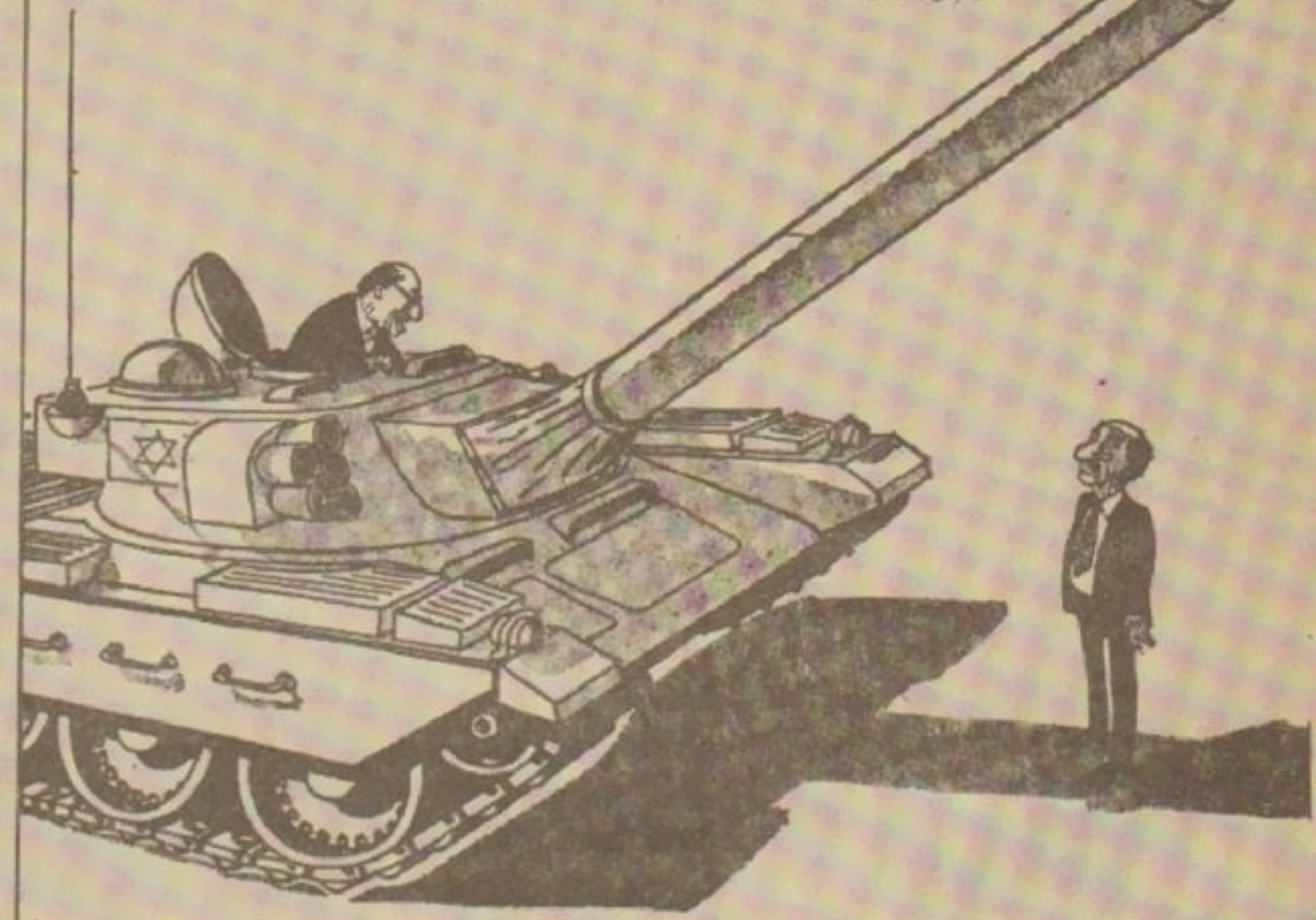
Rolf, 28/187 cm, ist ein sportlicher, junger Mann und Polizeibeamter von Beruf. Gern möchte er ein junges Mädchen kennenlernen, das Verständnis für seinen Beruf hat. Wer schreibt ihm unter 4026 an: Institut Koch, Lange Str. 9, 4600 Dortmund 1.

Verner, 54/179 cm, ohne Anhang, ... ein humorvoller, sportlicher Ab... Für eine gemeinsame...

Die Preisträger

Am vergangenen Wochenende kam der Führer der israelischen Zionisten, Menachim Begin, nach Oslo, um seine Hälfte des ihm zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat verliehenen Friedensnobelpreises entgegenzunehmen. Begins Ankunft auf dem Flughafen war von den größten Sicherheitsmaßnahmen gekennzeichnet, die Norwegen je erlebt hat.

Auch in der allerjüngsten Zeit setzte Begin seine „Friedenstätigkeit" fort. Dem nicaraguanischen Diktator Somoza lieferte er Waffen zur blutigen Niederschlagung des Volksaufstands. Israelische Kommandos stehen dem bedrohten Schah bei; sie sind in den Iran gereist, um Angriffe auf die empörten Werktätigen zu unternehmen.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr: 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.